

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementpreis 3.50 M., monatlich 1.20 M.
Einzelhefte 30 Pf. bis 1.00 M.
Sonntagshefte 1.00 M. bis 1.50 M.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsstelligen Anzeigen
über dem Raum 50 Pf. für
jeweils eine Spalte 20 Pf.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Mariusplatz, Nr. 151 90-151 97.

Samstag, den 11. Februar 1917.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Mariusplatz, Nr. 151 90-151 97.

Seit Kriegsbeginn über 1000 feindliche Flugzeuge vernichtet

Gesteigertes Artilleriefener, zahlreiche
englische Erkundungsvorflüge im Nord-
westen - Kampfvorgänge bei Höhe 304,
am Pfeffer-Rücken, bei Baug - Vor-
stoß bei Stanislaw.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 10. Fe-
bruar 1917. (W. T. S.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Bei der
Armee des Generalfeldmarschalls Herzog
Albrecht von Württemberg
an der Ayrer-Weichsel-Front,
bei der

Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht
im Artois sowie zwischen Ancre und Somme mehrfach gesteigerte
Tätigkeit der artilleristischen Kräfte.

Unter Feuerbeschuss stehen an vielen Stellen englische Er-
kundungstrupps, südlich von Soilly härtere Abteilungen gegen
unsere Stellungen vor. Sie wurden überall abgewiesen.

Seeresgruppe Kronprinz.

Auf dem Deutscher der Maas setzte von mittig an heftiges
französisches Feuer ein. Durch unser Wirkungsfeldchen ist ein
sich vorbereitender Angriff gegen Höhe 304 unterdrückt worden.

Auf dem östlichen Flügel, am Pfeffer-Rücken, scheiterte der
Vorstoß einer feindlichen Kompagnie.

Bei Baug (südlich von St. Mihiel) drang einer unserer
Stoßtrupps in die französischen Linien und vernichtete Unter-
stände mit ihrer Besatzung.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz
Leopold von Bayern.
Nordwestlich von Stanislaw brachte ein planmäßig durch-
geführtes Unternehmen 17 Gefangene und 3 Maschinen-
gewehre ein.

An der
Front des Generaloberst Erzherzog Joseph
und bei der

Seeresgruppe des Generalfeldmarschalls
von Mackensen
ist die Lage bei anhaltendem Frostwetter unverändert.

Mazedonische Front.

Zwischen Sarbar und Doiran-See zeitweilig lebhaftes Ge-
schütz- und Mörserfeuer.

Der Erste Generalquartiermeister,
Ludendorff.

Abendbericht.

Amtlich. Berlin, 10. Februar, abends.
Auf dem Nordufer der Somme, dem
Deutscher der Maas, in mehreren Ab-
schnitten der Ostfront und zwischen Sarbar
und Doiran-See lebhaftes Artillerietätigkeit.

Der österreichische Bericht.

Wien, 10. Februar 1917. (W. T. S.) Amtlich wird
verlautbart:

Westlicher Kriegsschauplatz.

Nordwestlich von Stanislaw hatte eine von unseren Truppen
durchgeführte Unternehmung vollen Erfolg. Die in die russischen
Gräben eingedrungenen Abteilungen brachten 17 Gefangene und
3 Maschinengewehre als Beute zurück.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Im Görzischen gewonnen unsere Truppen durch nächtliche
Unternehmungen mehrere feindliche Grabenflügel, fügten den
Italienern schwere blutige Verluste zu, brachten 15 Offiziere und
650 Mann als Gefangene ein und erbeuteten 10 Maschinengewehre,
2 Mörser und viel sonstiges Kriegsmaterial. Ab-
teilungen der Infanterie-Regimenter Nr. 85 und 87 und Land-
sturm-Infanterie aus Nieder-Österreich und der Bukowina hatten
an diesem Erfolg hervorragenden Anteil.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Keine Ereignisse.
Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes,
v. Seefer, Feldmarschallleutnant.

Fünfzig Jahre Reichstags-
Wahlrecht.

Von Friedrich Stampfer.

Morgen, am 12. Februar, sind fünfzig Jahre verflossen,
seit der erste deutsche Reichstag, der Reichstag des
Norddeutschen Bundes, gewählt wurde. Das von der Licht-
undbühnenrevolution übernommene, von Lassalle innerlich
propagiert allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahl-
recht war der große Triumph, den Bismarck gegen Oester-
reich ausgespielt hatte. Am Reichen des gleichen Wahlrechts
wurde der Krieg von 1870/71 geführt, entstand das neue
Deutsche Reich, bildete sich das feste Gefüge des Staaten-
hauses, das nun zweieinhalb Jahre lang einem Weltsturm
trögt.

Heute ist es so stark geworden, daß niemand daran
denken kann, es zu entwurzeln. An Gegnern hatte es ihm
auf seinem Werdegang aber nicht gefehlt. Bismarck selbst
hatte sich mit dem Gedanken getragen, den Sozialdemokraten
und womöglich noch anderen oppositionellen Gruppen das
Wahlrecht wieder zu entziehen, und auch in der neuen Ära
wurde die reaktionäre Gegnerschaft gegen das Volkswahlrecht
so stark, daß manchmal der Entscheidungsschritt darum nur
noch eine Frage der Zeit schien. Auf der anderen Seite
waren es ultrarevolutionäre, überabstrakte Elemente, die an der
Parlamentsspielerei keinen Gefallen fanden, sondern die große
Wendung lieber von „direkten Aktionen“ erwarteten. Beide
Gegnerschaften sind im Laufe der Zeit gegenstandslos
geworden.

Die reaktionären Gegner des gleichen Wahlrechts sind
längst durch den Kampf gegen das preussische Dreiklassen-
wahlrecht in die Verteilung, auf einen verlorenen Posten
zurückgedrängt. Der antiparlamentarische Putschismus mag
sich hier und dort noch einmal theoretisch rühren. Nur daß
seine Theorien stets am harten Fels der Tatsachen scheitern
werden, wie sie schon Friedrich Engels in seiner Vorrede zu
den „Klassenkämpfen in der französischen Revolution“ (1895)
festgestellt hat, als er schrieb:

Die Zeit der Neberrumpelungen, der von
kleinen bewußten Minoritäten an der Spitze
bewußtloser Massen durchgeführten Revolu-
tionen ist vorbei. So es sich um eine vollständige Um-
gestaltung der gesellschaftlichen Organisation handelt, da müssen
die Massen selbst mit dabei sein, selbst schon begriffen haben,
worin es sich handelt, für was sie eintreten sollen. Das hat
uns die Geschichte der letzten 50 Jahre gelehrt. Damit aber die
Massen verstehen, was zu tun ist, dazu bedarf es langer, an-
dauernder Arbeit.

Engels rühmte es als einen Vorzug des gleichen Wahl-
rechts, daß es „uns genau unterrichtet über unsere eigene
Stärke wie über die aller gegnerischen Parteien und uns da-
durch einen Maßstab für die Proportionierung
unserer Aktion lieferte“, daß es „uns vor unzeitiger
Jagdbarkeit ebenso bewahrt, wie vor unzeitiger Toll-
kühnheit.“

Das Wort von der langen, ausdauernden Arbeit hätte
schon der beginnenden Tätigkeit der Sozialdemokratie vor
50 Jahren vorangestellt werden können. Zudem sich die
Partei in ihren beiden damaligen Zweigen, Lassalleern und
Eisenachern, an den ersten Reichstagswahlen beteiligte, tat sie
den ersten entscheidenden Schritt auf der Bahn, auf der sie
seitdem weitergegangen ist, und die sie nicht mehr verlassen
konnte, ohne bis hinter ihren Ausgangspunkt zurückzugehen.

Die Wahlen vom 12. Februar 1867 brachten die schmerz-
lichste Enttäuschung, die furchtbarste Ernüchterung. Ganze
vierzigtausend Stimmen waren den Lassalleern zu-
gefallen, fünfzehn-, höchstens achtzigtausend den Eise-
nachern! Der Millionenbruch der „reaktionären Masse“ legte
sich hemmend und lähmend auf alle Aktionslust. Man war
ausgezogen in der Hoffnung, binnen kurzem die Welt zu er-
obern und hatte gerade soviel Kraft aufgebracht, um zwei
Eige im neuen Reichstag zu besetzen! Nur ein seifenfester
Glaube an die Zukunft konnte diesen Schlag überwinden, und
auch er nur, wenn er sich paarte mit „langer, ausdauernder
Arbeit“.

An der hat es nun in den letzten fünfzig Jahren wahr-
lich nicht gefehlt, und allmählich sah sie ihre Früchte reifen.
Aus den kaum sechzigtausend sozialdemokratischen Wählern
waren 45 Jahre später 4 1/2 Millionen geworden, ein
Drittel der Wähler im ganzen Reich.

An eine Revolution „bewußter Minoritäten an der Spitze
bewußtloser Massen“ konnte kein Reich mehr im Ernst
glauben. So phantastisch hoch die Stimmenzahl gegenüber
früheren Zeiten erschien, so wirkte sie doch „als Maßstab für

Der feindliche Verlust an Flugzeugen.

Wolffs Bureau teilt mit: Nach Ausweis der im deutschen
Seeresbericht aufgeführten Luftbeute-Ziffern haben die deut-
schen Flieger und Abwehrformationen seit Kriegsbeginn
über 1000 feindliche Flugzeuge erbeutet,
genau gerechnet bis Ende Januar 1902! Dabei sind nur
die an der West- und Ostfront heruntergeholtten
englischen, französischen und russischen Flugzeuge gezählt;
Balkan und Türkei mit ihren nicht unerheblichen Er-
folgen werden hier nicht mitgerechnet.

Im einzelnen sieht sich die Siegeszahl folgendermaßen
zusammen:

Table with 2 columns: Year, Number of aircraft. 1914/15: 163, 1916: 784, Januar 1917: 55, zusammen: 1002.

Die Bedeutung dieser gewaltigen Zahl wird noch ein-
dringlicher, wenn man sich klar macht, daß diese 1002 Flug-
zeuge

soviel wie 167 feindliche Geschwader
ausmachen, das Geschwader zu 6 Apparaten gerechnet. Ferner
sind dabei etwa 1700 feindliche Flieger außer
Besicht gesetzt und etwa 50 Millionen Wert an
Maschinen vernichtet worden.

Die Fliegererfolge im Dezember.

Amtlich. Berlin, 10. Februar. Die Zahl der von
deutschen Fliegern im Dezember abgeschossenen
feindlichen Flugzeuge hat sich von 65 auf 68
erhöht, nachdem sich der zuerst fragliche Abschluß zweier
feindlicher Flugzeuge bestätigt hat.

Deutsche Marineflieger gegen Flugplätze
bei Dünkirchen.

Berlin, 10. Februar. Deutsche Marineflugzeuge griffen
in der Nacht vom 8. zum 9. Februar die Flugplätze St. Pol
bei Dünkirchen und Cozide erfolgreich mit 66 Bomben
an. Mehrere Treffer auf den Flugplätzen wurden beobachtet.
Sämtliche Flugzeuge sind unbeschädigt zurückgekehrt.

Keine weitere Verschiebung
der Dumafügungen.

Kopenhagen, 10. Februar. „Berlingske Tidende“ er-
fährt aus Petersburg: Premierminister Fürst Golitsin de-
mentierte die Gerüchte, wonach die Wiedereröffnung der
Reichsduma weiter aufgeschoben werden würde. Er erklärte,
er werde persönlich in der ersten Sitzung der Duma
erscheinen. Ob ein gemeinsames Arbeiten zwischen Regie-
rung und Duma möglich sei, hänge von der Haltung der
Duma ab. Er selbst werde sich an das in dem kaiser-
lichen Handschreiben enthaltene Programm halten.

Aus diesem Dementi ginge zugleich hervor, daß auch die
Redung über Golitsins Rücktritt nur Gerüchte sind. Noch
heute laufen wieder Mitteilungen ein, die von einem Wieder-
aufnehmen der Ministerschaft Trepows wie von einer abge-
machten Sache reden.

Neue Verfolgungen der Petersburger
Arbeiterschaft.

Stockholm, 9. Februar. Aus Petersburg kommt die
Nachricht, daß der frühere Dumaabgeordnete Predkalin
verhaftet und in das Petersburger Gefängnis eingele-
fert worden ist. Zu gleicher Zeit ist Dr. Winokurov
verhaftet worden, der an einer Arbeiterzeitung mit-
arbeitete. Eine Nummer der Arbeiterzeitung ist unterdrückt.
Die Petersburger Verwaltungsmahregeln ergreifen Re-
pressivmaßnahmen gegen die Vereinigung der Metallarbeiter
und Drucker. Es scheint, als ob die Vereinigung von der
Regierung unterdrückt wird.

Also die Organisation, deren Mitglieder für die Ver-
stellung von Kriegsmaterial in erster Linie in Betracht
kommen. Aus den Mahregeln dürfte zu schließen sein, daß
der Widerstand der Petersburger Arbeiterschaft gegen Krieg
und Kriegsmahregeln, der sich in wichtigen Beschlüssen der
sozialdemokratischen Organisationen gezeigt hat, neuerdings
leineswegs geringer geworden ist.

die Proportionierung unserer Aktion, der vor „vorzeitigen Taktmaßnahmen“ nachdrücklich warnte. Wenn zwei Drittel der Wähler sich bei einer geheimen Abstimmung auf die Seite der Gegner schlugen, so konnte die Sozialdemokratie nach ihren eigenen demokratischen Grundsätzen für die Gegenwart noch keinen Herrschaftsanspruch anmelden: aber vor einem Versuch, der nichtsozialdemokratischen Mehrheit die Herrschaft einer sozialdemokratischen Minderheit aufzuzwingen, müßte sie zugleich auch die völlige Ausschließlichkeit eines solchen Beginns abhalten. Es blieb bei der langen, andauernden Arbeit, und Jahre, vielleicht Jahrzehnte schienen noch nötig, um den Bloß bis zum Gipfel zu rollen.

Da kam der Krieg. Die deutsche Sozialdemokratie hatte in diesem Augenblick das Recht, auch an sich selber zu denken, denn sie ist der Überzeugung, daß die Zukunft des Volkes bei ihr ruht, sie hatte das Recht, die Kriegsfrage unter dem Gesichtswinkel zu betrachten, welche Haltung der Partei dem künftigen Sieg der Demokratie und des Sozialismus am förderlichsten sei, denn von diesem Sieg erhofft sie für das deutsche Volk und alle Völker der Welt größeren Gewinn als von irgendeinem anderen! Und so war es nicht nur der gesunde Instinkt, der der Partei in diesem großen Augenblick den Weg zu den übrigen Volksgenossen wies — die gleiche Not mit ihr teilten — es war auch die ruhige politische Ueberlegung, die sich sagte, daß man hier vor der Entscheidung stand: Entweder mit dem deutschen Volk hinaus zur Macht oder gegen das deutsche Volk wieder sturztartig hinunter in den Abgrund der Ohnmacht!

Wir säufchen uns nicht über den verhältnismäßig geringen Grad von Einfluß, den wir jetzt besitzen. Aber wir sind dessen gewiß, daß wir den Weg nach oben betreten haben und daß uns an dem Aufstieg auch nicht die Einschüchtlung derer hindern kann, die nicht mit wollen. Nach oben, das heißt: zu jener Klarheit der Volksüberzeugung, zu jener Festigkeit des Volkswillens, die für die „vollständige Umgestaltung der gesellschaftlichen Organisation“ — um wieder mit Engels zu sprechen — die unumgänglich notwendige Voraussetzung ist. Da müssen die Massen selbst mit dabei sein! Und sie werden dabei sein!

Das allgemeine Reichstagswahlrecht ist in fünfzig Jahren der Grundstock unserer politischen Volksentwicklung geworden. Es hat ganz anderes gewirkt, als die Reaktionen von rechts und die Propagandistiken der „direkten Aktion“ von ganz links erwarteten. Unter seiner Herrschaft vollzieht sich der Fortschritt nicht in gewaltsamen Umsätzen aber in tiefen Umwälzungen unaußhaltbar. Eine dieser Umwälzungen ist den Blinden erst mit dem Ausbruch dieses Krieges zum Bewußtsein gekommen. Das Reichstagswahlrecht, das jedem seinen Anteil an der Wahl der deutschen Volksvertretung gibt, hat das Gefühl der Zusammengehörigkeit zwischen dem Reich und jedem einzelnen seiner Bürger unendlich gestärkt. In England singt man ein Wahllied, in dem es heißt: „Darum sollten wir Wähler sein mit dem Stimmzettel in der Hand?“ Ja, der Stimmzettel ist richtig verwendeter, eine Ausweisung auf den gerechten Anteil, den jedermann an seinem Vaterlande haben soll. Diese Erkenntnis und die Hoffnung auf Erfüllung seiner Ansprüche an die Zukunft hat das Volk in seiner Not so stark gemacht.

Und daran, daß es so geworden ist, hatten wir Sozialdemokraten — schon lange ohne es selbst zu wissen — den härtesten Anteil. Jeder sozialistische Wahlrechner, der das in diesen fünfzig Jahren den Wahlen sagte, was dieses Reich für sie ist, und was es für sie werden soll, hat ihnen zugleich auch klar gemacht, was das Reich für sie bedeutet. Was aber in diesen fünfzig Jahren in unserer Arbeit geworden ist, wollen wir nicht wieder einreißen. Diese fünfzig Jahre sind ein Stück Geschichte, das an dramatischer Kraft der Geschehnisse, an spannenden Konflikten, an furchtbaren Menschheitstragödien seinesgleichen nicht findet. Daß der Friedensbau, den wir fast schon gesichert wählten, wieder zusammenbrach, das war der furchtbarste Schlag. Aber an der Geschichte unserer Vorkämpfer uns erhebend, riefen wir uns im Trümmerfall wieder auf. Wir schaffen es!

Amerika und Deutschland.

Eine deutsch-offizielle Stimme.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: „Unsere Erwartung, daß Reuters und Davos alles tun würden, um durch Verbreitung falscher Nachrichten den deutsch-amerikanischen Streitfall zu verschärfen, wird mit jedem Tage neu bekräftigt. Einige der Reuterslügen sind durch direkte amerikanische Meldungen bereits richtiggestellt worden, so die Angaben über Beschlagnahme deutscher Dampfer. Die Engländer sind aber in der günstigen Lage, in Deutschland wie in Amerika ihre Falschmeldungen abzugeben, ohne daß man auf der einen Seite erfährt, was auf der anderen Seite verbreitet wird. Davon werden wir voraussichtlich noch manche harte Probe erleben. Bei uns ist man durch lange Kriegserfahrung zur richtigen Abschätzung von Reutersmeldungen gelangt. Unsere Oeffentlichkeit braucht nicht mehr zur Vorsicht gemahnt zu werden. Wie man sich in Amerika zur Reutershebe stellen will, ist nicht unsere Sache. Auf eins ist jedenfalls unfehlbar zu rechnen: Je weniger die Entwicklung mit den englischen Wünschen Schritt hält, desto kräftiger wird Reuters sie durch seine Treibereien zu befördern suchen.“

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ hält danach eine Verschärfung des Konflikts bis zum Kriege noch für vermeidbar.

Ein Gegner Wilsons im Senat.

Bern, 10. Februar. „Reits Parisien“ meldet aus Washington: Senator Wicks bekämpfte im Senat die Schritte des Präsidenten Wilson gegen Deutschland und sagte, er betone, daß weder ein Privatmann noch der Präsident noch der Kongreß berechtigt seien, die amerikanische Nation in den Krieg hineinzuziehen oder ihren Frieden zu gefährden aus irgend einem falschen Gefühl des Mutes, des nationalen Ansehens oder der Würde heraus. Wicks führte aus, daß die Verantwortung für die „Lusitania“-Tragödie die Vereinigten Staaten zur Last falle, da sie trotz der Warnung Deutschlands das Schiff mit amerikanischen Bürgern habe abfahren lassen; gegenwärtig müsse Amerika seine Schiffe und Staatsangehörigen außerhalb der Gefahrenzone halten, bis der Krieg beendet sei.

„Im Fall eines Krieges“.

London, 9. Februar. „Daily Express“ meldet aus New York: Der Präsident hat mitteilen lassen, daß im Fall eines Krieges das deutsche Kapital und der deutsche Besitz in den Vereinigten Staaten nicht beschlagnahmt werden würden.

Eine New Yorker Meldung der „Frankfurter Zeitung“ bringt die folgende Mitteilung der Regierung in Verbindung mit der Tatsache, daß viele Ausländer ihre Einlagen aus den Sparkassen zurückziehen.

Konferenz der neutralen Staaten in Washington.

Lugano, 10. Februar. (Z. U.) Nach einer Aabelmeldung des „Secolo“ aus Washington hielten die dortigen Gesandten der neutralen Staaten eine Konferenz ab in der Absicht, die Mittel zu erwägen, durch welche der Eintritt weiterer Neutrales in den Krieg vermieden werden könnte.

Ferri über die Kriegslage.

Der Krieg für Italien verloren.

Lugano, 10. Februar. Der „Corriere d'Italia“ veröffentlicht Erklärungen, die Enrico Ferri dem Vertreter des dänischen Blattes „Socialdemokraten“ gegenüber abgab. Ferri sagte u. a.:

„Die Wahrheit ist auf dem Marsch. Bald wird das italienische Volk diese Wahrheit kennen lernen und einsehen, daß es betrogen wurde, daß es notwendig ist, Frieden zu schließen, ehe Italien in noch schwereres Unglück fällt. Der Krieg wird in Italien bereits als verloren betrachtet. Man fürchtet, daß die Kompetenzen des Weltgerichtes über Italien erdrückt werden, sobald die Mittelmächte mit Rumänien gänzlich fertig geworden sind. Röge d'Anunzio Italien verlassen, ehe er den Weg nach Frankreich versperrt findet von den Waffen jener Soldaten, die sich bald gegen das Innere Italiens richten werden!“

Beachtenswert ist, daß diese Äußerung Ferris die italienische Zensur passieren durfte!

Friedensfreundliche Anträge im schwedischen Reichstage.

Stockholm, 8. Februar. (IK.) Im schwedischen Reichstage beantragte der schwedische Sozialdemokrat Lindhagen, die schwedische Regierung möge die Initiative zur Abhaltung einer offiziellen neutralen Friedenskonferenz ergreifen zur Förderung einer internationalen Rechtsordnung. Ferner will er, daß der schwedische Reichstag gegen einen künftigen Handelskrieg Stellung nehme, weil ein solcher ein großes Unglück für die neutralen Staaten bedeuten würde. Lindhagen fordert, daß die Regierung mit der dänischen und norwegischen Regierung Verhandlungen über den Plan wirtschaftlichen Zusammenarbeitens einleite. Schließlich beantragt er eine skandinavische Regierungsinitiative, darauf hingehend, eine Uebereinkunft zu schließen, der zufolge sämtliche Staaten nach ihrer Bevölkerungszahl und Vermögenslage zur Schadloshaltung sämtlicher in den vom Kriege heimgeführten Gebieten wohnenden Bevölkerungen beitragen sollen.

Neue Angriffe gegen Briand

in der französischen Kammer.

Bera, 9. Februar. In der französischen Kammer führte Quoyer Blätter zufolge geborn bei Erörterung der Kredite der Unterstaatssekretariate der Deputierte Benoist aus, Briand habe bei der Neubildung seines Kabinetts das englische Kupon nachgemacht und die Konstitution übertritten. Briand entgegnete festig, Formalismus sei im Kriege nicht angängig. Wenn Benoist die Regierung angeizen wolle, solle er sofort reden. Benoist erklärte, er wolle die Vorwürfe bis nach dem Kriege aufsparen, er müsse aber sagen, die Regierung habe bisher nur erreicht, daß das Publikum zum eigenen Schaden alle Schwierigkeiten selbst lösen müsse. Der Radikale Jourdey sagte, die Regierung habe die Wünsche der Kammer bezüglich Konzentration und energischer Tätigkeit nicht erfüllt. Der Republikaner Andrieux warf der Regierung Unfähigkeit vor; er bitte ihr nur insoweit Verzeihen, daß er sich der Abstimmung enthalte.

Als Joubert den Antrag stellte, das Ackerbauministerium, das zurzeit die höchste Bedeutung besitze, solle wieder selbstständig gemacht werden, erklärte Briand unter gespannter Aufmerksamkeit, was Joubert wolle, gehöre ins Bereich der Regierungsinitiative. Wenn die Kammer den Antrag annehme, gebe es ein neues Ministerium, aber keine Regierung mehr. (Lebhafte Bewegung.) Der Radikale Flaudrin griff die These Briands an, die die Kammer um so weniger annehmen könne, als die landwirtschaftliche Lage äußerst ernst sei. Briand erwiderte, man dürfe jetzt der Regierung die zur Erfüllung ihrer schweren Pflichten notwendigen Kredite nicht verweigern; auch dürfe man aus der Abstimmung kein politisches Mandat machen. (Lebhafte Zurufe von allen Seiten.)

Der Antrag Joubert wurde mit 389 gegen 132 Stimmen abgelehnt. Zahlreiche Deputierte enthielten sich der Abstimmung. Der Deputierte Bong brachte darauf sofort den Interpellationsantrag über die Getreideversorgung Frankreichs ein.

Englische Rekrutierungsschmerzen.

Rotterdam, 10. Februar. „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus London: In der gestrigen Sitzung des Unterhauses zeigte sich eine gewisse Unruhe darüber, daß die Ansprüche des Ackerbauamts mit denen des Kriegsamts, das immer mehr Rekruten verlangt, in Konflikt geraten. Man klage über mangelhafte Zusammenarbeit zwischen der Regierung und den einzelnen Departements. Der Londoner Korrespondent des „Manchester Guardian“ schreibt, der Präsident des Ackerbauamts Prothero wisse offenbar keine vernünftige Regelung zwischen den Erfordernissen seines Ministeriums und denen des Kriegsamts zu finden.

In einem Leitartikel schreibt „Manchester Guardian“, man müsse den militärischen Gerichtshöfen eine Anleitung geben, wie sie die militärischen Ansprüche mit den wirtschaftlichen Erfordernissen in Einklang bringen könnten. Dies könne aber erst geschehen, wenn die Regierung sich darüber selbst ins Reine gekommen sei.

„Westminster Gazette“ schreibt, das Kriegsministerium habe keine Zeit, sich in alle die verwickelten Fragen der Lebensmittellieferung zu vertiefen. Das Blatt verlangt die Bildung eines selbständigen Kabinetts für inländische Angelegenheiten, dessen Aufgabe es sein müßte, die verschiedenen Departements zu beaufsichtigen.

Der Krieg auf den Meeren.

Beute eines U-Boots: 14000 Tonnen.

Berlin, 10. Februar. Eines unserer Unterseeboote hat in der Nordsee neuerdings fünf unbekannte englische Dampfer von insgesamt 14000 T. - R. - T. im Unterwasserangriff versenkt.

Aus einem Bericht des schwedischen Konsulats in Rouen, der in Stockholm eintraf, teilt der „L. U.“ mit: In einem Hafen der Normandie traf der schwedische Dampfer „Phyllis“ mit

zahlreichen Besatzungen versenkter Entensdampfer ein. Kapitän Sigfried Siegler berichtet, daß er während der Fahrt die Mannschaften des französischen Dampfers „Saint Philippe“, des japanischen Dampfers „Nagato Maru“ sowie des norwegischen Dampfers „Kauvanger“ aufgenommen habe. Die Besatzungen habe er auf der Fahrt von Blith nach Molaga angegriffen und sie vor West einem französischen Torpedoboot gegeben. Es waren zusammen 70 Menschen; 4 Franzosen, die in einem Boot trieben, 2 japanische Boote mit 44 Mann und zwei norwegische Boote mit 31 Mann.

Die höchste U-Boot-Leistung.

Bern, 10. Februar. Die „Neue Zürcher Zeitung“ berichtet aus dem Haag, daß vor gestern ein Rekord des Tauchbootkrieges mit 35 versenkten Schiffen aufgestellt worden sei. Eine gewaltige Tonnanzahl sei seit dem 1. Februar vernichtet. Kein holländisches Schiff wage sich aufs Meer.

Verhindert England die Veröffentlichung der Schiffsverluste?

Haag, 10. Februar. („Z. U. B.“) Heute liegt hier keine einzige Nachricht von versenkten englischen Schiffen oder in englischen Diensten fahrenden Schiffen vor. Das ist auffällig! Während der drei vorausgegangenen Tage betrug die versenkte Tonnage

insgesamt etwa 95 000 bis 100 000 Tonnen.

Es ist ganz unwahrscheinlich, daß an dem darauffolgenden Tage überhaupt keine Verluste eingetreten seien; viel wahrscheinlicher ist dagegen, daß die englischen Behörden angesichts der Bekämpfung des Tauchbootkrieges hervorgezogen hatten, mit der Veröffentlichung zurückhalten, zumal verschiedene Blätter der Regierung Bormärkte gemacht haben, sie sollte diese Veröffentlichungen in einer taktlosen Weise mit, die Beunruhigung hervorzurufen müsse.

Englischer Torpedoboot-Zerstörer gesunken.

London, 10. Februar. Amtlich. Ein Torpedobootszerstörer älterer Klasse, der zum Aufklärungsdienst benutzt wurde, ist letzte Nacht auf eine Mine geraten und gesunken. Alle Offiziere sind tot, 5 Mann der Besatzung wurden gerettet.

Die holländische Forderung wirkt.

23 Dampfern die Abfahrt von England freigegeben.

Haag, 10. Februar. Amtlich wird mitgeteilt, daß der Kolonialminister telegraphisch die Nachricht erhalten hat, daß 23 niederländische Dampfer, die in englischen Häfen im Osten festgehalten wurden, die verlangte Erlaubnis zur Ausflarierung erhalten haben.

Deutsche Maßregeln zum Schutz vor Versenkung.

Haag, 9. Februar. Dem Korrespondenzbureau wird von besugter Seite mitgeteilt, daß die deutsche Marine, soweit das noch möglich war, Maßregeln getroffen hat, um die beiden nach Stormoway ausgesandten niederländischen Schiffsdampfer, die den von England aufgehaltenen Getreidedampfer „Besterba“ abholen sollen, vor Versenkung in der gefährlichen Zone zu schützen.

12 000 Tonnen italienischer Verlust in fünf Tagen.

Nach in Rom vorliegenden Berichten aus Rom, die der „Lofalanzeiger“ mitteilt, wurden vom 1. bis 5. Februar insgesamt sechs italienische Fahrzeuge von insgesamt 12 000 Tonnen im See-Krieg vernichtet. Sechs weitere Dampfer sind bereits als überfällig gemeldet worden. Die Genueser Schiffahrtsgesellschaften unterbrechen ihren Schiffahrtsverkehr. Die Schiffahrt Verbindung mit Tripolis ist seit drei Tagen völlig unterbrochen.

Der Marineminister machte bekannt, daß sich die Regierung genötigt sehe, allen verfügbaren Schiffsraum zusammenzufassen. Jede private Schiffahrt wird eingestellt.

Auslegung norwegischer Schiffe.

Bergen, 9. Februar. Sechs mit Kohlen beladene Dampfer aus England sind aufgelegt worden. Die Dampfer waren bisher in der regelmäßigen Kohlenschiffahrt beschäftigt.

Kristiania, 10. Februar. Im Reederblatt „Sjofartens Tidende“ mehren sich die Stimmen für ein weiteres Auslegen der norwegischen Schiffe im Hinblick auf die außerordentlichen Erfolge der deutschen Seekriegsperre.

Versenkt.

Solbakk (2616 Tonnen), norwegisches Schiff, auf der Höhe von Finisterre, auf der Fahrt von Buenos-Aires mit Getreide für Cherbourg.

Nach einer Madrider Depesche landeten in Gijon 13 Mann. Ein Mann ist ertrunken, ein anderer ertrunken. Ein Boot mit dem Kapitän und 14 Mann wird vermisst. (Londoner Meldung.)

Storöva (2191 Tonnen), norwegisches Schiff. Der zweite Offizier und ein Matrose treffen an Bord eines Dampfers in London ein. (Londoner Meldung.)

Nuova Montana, spanischer Dampfer. (Londn.)

Dans Rinst, norwegischer Dampfer. (Londn.)

Marianne S. 235, Segelschiff, acht Mann der Besatzung an Bord des Leuchtschiffes Leuchtingel gebracht. (Saager Meldung.)

Lullington (2816 Tonnen), englischer Dampfer; Besatzung gerettet. (Londn.)

Vorgänge an der Westfront.

Freundliche Kriegsberichte.

Englischer Heeresbericht vom 8. Februar. Wir griffen am Morgen eine wichtige Stellung auf dem höchsten Punkte des Hügel von Sailly-Saillisel an und erreichten unser Kampziel vollständig. Wir erbeuteten ein Maschinengewehr und machten 78 Gefangene, darunter zwei Offiziere. Das von uns seit Neujahr an der Ancre gewonnene Gelände bedeutet ein Vorrücken von nahezu 1/2 Meilen auf einer Front von über drei Meilen. Andere erfolgreiche Vorstöße werden gemeldet.

Ein zweiter englischer Heeresbericht vom 8. Februar meldet: Nach der Eroberung von Grandcourt durch unsere Truppen wurde unser Vormarsch zu beiden Seiten der Ancre energisch fortgesetzt. Es wurden beträchtliche weitere Fortschritte gemacht. Während der Nacht griffen wir die Baillencourt-Farm an der Straße von Baucourt nach Braumont an und nahmen sie. Südlich der Ancre nahmen wir noch einen feindlichen Laufgraben, der zwischen Grandcourt

Vereinheitlichung und Vereinfachung des Eisenbahnwesens

Von Paul Kirchhoff

Wenn wir nach dem Kriege an die Neuordnung der Finanzen im Reich und in den Einzelstaaten herantreten, wenn wir vor der Frage gestellt werden, ob der ungeheure Finanzbedarf, der dann erforderlich sein wird, allein durch Steuern oder auch durch Einführung neuer und Erweiterung bestehender Monopole aufgebracht werden soll, dann werden wir an den Eisenbahnen nicht vorbeigehen können.

Zeit etwa 40 Jahren sind die preussischen Eisenbahnen verstaatlicht, die Forderung des früheren Eisenbahnministers v. Ranke, daß die Eisenbahnen keine melkende Kuh werden sollen ist nicht in Erfüllung gegangen, im Gegenteil, die Verwaltung ist bestrebt, mehr und mehr Ueberflüsse aus den Eisenbahnen zu erzielen, um dadurch zur Erfüllung der allgemeinen Staatsaufgaben beitragen zu helfen. Während nach dem Gesetz vom 27. März 1882 höchstens 2,2 Millionen Mark aus den Eisenbahnüberschüssen als jährlicher Beitrag zu den allgemeinen Staatsaufgaben verwendet werden durften, fehlt heute bereits nicht mehr viel an 300 Millionen, die diesem Zwecke dienen.

Durch die Bestimmung des Eisenbahngarantiefgesetzes, wonach die Verwendung von Eisenbahnüberschüssen zur Deckung der zu Staatsausgaben erforderlichen Mittel, welche andernfalls durch Aufnahme neuer Anleihen beschafft werden müßten, als gesetzliche Tilgung der Eisenbahnkapitalschuld behandelt wird, war wie der bekannte Vorkämpfer für eine Reichseisenbahn, Geheimrat Kirchhoff, in seiner neuesten Schrift über die Reichsbahn*) hervorhebt, der Heranziehung der Eisenbahnüberschüsse zu anderen Staatsbedürfnissen Tür und Tor geöffnet. Die Bestrebungen, eine Abgrenzung zwischen den Eisenbahnfinanzen und den übrigen Staatsfinanzen herbeizuführen, fanden in früheren Zeiten, so lange Riquel an der Spitze der Finanzverwaltung stand, kein Gehör. Erst 1903 entschloß man sich zur Bildung eines Ausgleichsfonds für die Eisenbahnverwaltung und einige Jahre später wurde zwischen Regierung und Landtag ein Abkommen getroffen, wonach 2,10 Proz. der Staatsbahnschuld als Jahresbeitrag zu den allgemeinen Staatsbedürfnissen und 1,15 Proz. der Staatsbahnschuld für das Extraordinarium verwendet werden sollte. Die Folge war eine immer größere Abhängigkeit der Eisenbahnverwaltung von der allgemeinen Finanzverwaltung, der Eisenbahnminister konnte mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln die Ausgaben des Extraordinariums nicht bestreiten, während umgekehrt der Finanzminister die ihm zugeständene jährlich mechanisch steigende Einnahmequelle für sich als eine dauernde beanspruchte, obwohl die Eisenbahnen dazu außerhande sind. In welcher Absurdität diese Regelung führt, zeigt der Etat für 1915, der mit einem Fehlbetrag von 106 Millionen abschließt, wozu noch 35 Millionen Fehlbetrag der Staatsbahnverwaltung kommen, von denen nur 6 Millionen aus dem Restbestande des Ausgleichsfonds gedeckt werden können. Wäre die Eisenbahnverwaltung nicht verpflichtet gewesen, 256 Millionen zu den allgemeinen Staatsausgaben beizusteuern, dann würde sie nicht nur keinen Fehlbetrag, sondern noch Ueberflüsse in Höhe von 161 Millionen Mark erzielt haben. Ein derartiges Finanzgebaren widerspricht jeder kaufmännischen Gepflogenheit, denn es gibt kein solides Privatunternehmen, das sich nicht für schlechte Zeiten stille Reserven zurücklegt. Die Eisenbahnverwaltung aber war nach dem eigenen Eingeständnis des Ministers bereits im Jahre 1907 aller Reserven beraubt.

Im Gegensatz zu der Anschauung des Finanzministers, der die bisherige Finanzgebahrung gerade der kriegerischen Zeitläufte wegen für die allein richtige hält, kommt Kirchhoff umgekehrt zu dem Ergebnis, daß die bisherige Finanzgebahrung während der hinter uns liegenden Friedenszeit als vorläufige Maßregel noch eben hingenommen werden konnte, daß sie aber schon vor Ausbruch des Krieges so schwere Mängel zeigte, daß sie längst reformbedürftig war, jetzt aber geradezu unalibor ist und sobald als möglich beseitigt werden muß. Wie ist die Situation heute? Der Ausgleichsfonds ist leer, das zuletzt abgeschlossene Etatsjahr 1915 weist ein Defizit von 200 Millionen auf, zu dessen Deckung 100 Millionen aus den Zuschlägen zu den direkten Staatssteuern zur Verfügung stehen. Wenn wir wieder mit hohen Eisenbahnüberschüssen rechnen können, ist ungewiß. Es bleibt also nur übrig, entweder eine weitere Erhöhung der direkten Steuern oder aber eine ganz erhebliche Zurückraubung der Ausgaben für allgemeine Staatszwecke. Gegen den letzteren Ausweg müssen wir uns vom sozialdemokratischen Standpunkt aus auf das entschiedenste wenden, denn die Erfahrung lehrt, daß wenn gespart wird, die Sparsamkeitsbestrebungen zuerst bei den notwendigen Kulturaufgaben einsehen. Für eine Erhöhung der direkten Steuern aber sind die Ausschüßten im Landtage nur gering, um nicht zu sagen gleich null.

Um aus diesem Dilemma herauszukommen, wie es sich ähnlich auch in den übrigen Eisenbahn betreibenden Staaten bemerkbar macht, und um der drohenden neuen Reichsverkehrssteuer und der dadurch notwendig werdenden Erhöhung der Eisenbahntarife zu entgehen, empfiehlt nun Kirchhoff die Uebernahme sämtlicher deutschen Eisenbahnen auf das Reich, und zwar sollen die Bundesstaaten ihren Eisenbahnbesitz in eine als Reichsbahn zu bezeichnende Gründung einbringen, die vom Reich für Rechnung der beteiligten Staaten verwaltet wird. Neu ist der Gedanke der Reichseisenbahn nicht, aber die Minister der Einzelstaaten, vor allem der preussische Finanzminister, haben ihn stets bekämpft. Kirchhoff macht nun neuerdings einen Vermittlungsvorschlag, er verlangt nicht mehr eine unbedingte Abtretung aller Verkehrsobjekte an das Reich, sondern nur noch eine einheitliche Leitung für das gesamte Verkehrsnetz. Die Bundesstaaten würden hiernach ihren Besitz behalten, sie müßten ihn aber mit dem übrigen Eisenbahnbesitz zu einer neuen Gründung vereinigen, bei der sie nach wie vor ein fruchtbares Wort mitzusprechen haben, aus der sie aber mit

vereinten Kräften den höchsten wirtschaftlichen Effekt herausziehen könnten. Mit andern Worten, sie werden nicht abgetrieben, sondern genossen die aus dem erweiterten Eisenbahngroßbetrieb zu erwartenden größeren Vorteile.

Hand in Hand damit gibt Kirchhoff die Parole aus: Fort mit dem Transportulugus, Rückkehr zur Einfachheit! Die Erparnisse, die er von der Beseitigung der ersten und vierten Wagenklasse erwartet, schätzt er trotz der dadurch bedingten erheblichen Verbilligung des Verkehrs auf viele hundert Millionen Mark jährlich; weitere Hunderte von Millionen Mark verspricht er sich von den günstigeren Jahresabschlüssen nach den Grundsätzen der kaufmännischen Abschreibungen. Und wenn dann noch die für sämtliche deutschen Staatsbahnen etwa jährlich eine Viertel Milliarde betragenden Minderausgaben beim laufenden Etat durch Stillierung der als Vermögensvermehrung anzusehenden Tilgungsquote und durch Verweisung des neue produktive Werte schaffenden Extraordinariums auf den Bauetat hinzukämen, so stände nach seiner Berechnung bei dem in der Reichsbahn verkörperten Eisenbahnwesen Deutschlands in der Jahresbilanz ein neues, durch nichts engagiertes Aktivum von 800 bis 900 Millionen Mark jährlich zur Verfügung, wovon dem Reich etwa eine halbe Milliarde überwiesen werden könnte.

Wir begnügen uns, diese Vorschläge, die einer näheren Prüfung wert sind, objektiv wiederzugeben als einen Beitrag zur Frage der Ausbringung unseres zukünftigen Finanzbedarfs und zugleich einer Vereinheitlichung und Vereinfachung des deutschen Verkehrsnetzes. Allerdings würden wir dem Gedanken einer völligen Uebernahme des Verkehrsnetzes auf das Reich den Vorzug geben, nicht nur aus wirtschaftspolitischen, sondern auch aus allgemein politischen Gründen.

Betriebsergebnisse der preussischen Bergverwaltung.

Der dem Landtage unterbreitete Bericht über die Betriebsergebnisse der preussischen Bergverwaltung für das Rechnungsjahr 1915 stellt fest, daß der Betrieb der staatlichen Bergwerke trotz des Krieges ohne wesentliche Störung fortgesetzt werden konnte. Verschiedene Industrien, insbesondere der Kalialzbergbau, hatten zwar schwer unter der Einwirkung des Krieges zu leiden, dagegen konnten der Erzbergbau und die Hüttenbetriebe aus der günstigen Marktlage Vorteile ziehen. Auch der staatliche Steinkohlenbergbau erzielte im allgemeinen befriedigende Ueberflüsse. Der Reingewinn der Bergwerke betrug 47,8 Millionen Mark gegenüber 44,8 Millionen Mark in 1914, d. h. 6,9 Proz. des buchmäßigen Anlage- und Betriebskapitals gegen 8 Proz. im Jahre vorher. Von diesem Reingewinn sind 27,7 Millionen Mark in bar abgeliefert worden, der Rest diente zur Vermehrung des Anlagekapitals. Die Abschreibungen belaufen sich auf 18,9 Millionen Mark.

Die Förderung der staatlichen Steinkohlenbergwerke überstieg die des Vorjahres um 1/2 Million Tonnen, während der Wert der Erzeugnisse, entsprechend den höheren Verkaufspreisen, um 19,9 Proz. zugenommen hat. Im Saarbrücker Bezirk ist infolge der weiteren beträchtlichen Verminderung der Belegschaft die Förderung um rund 300 000 Tonnen gegen das Vorjahr zurückgeblieben. Die staatlichen Braunkohlenbergwerke in der Provinz Sachsen, die ganz unter der Einwirkung des Krieges standen, haben einen betragsmäßigen Verlust von 95 000 M. Auch die staatlichen Salinen konnten ihre vorjährige Förderung nicht erreichen. Der staatliche Kalialzbergbau endlich wurde namentlich durch den Minderabsatz an hochprozentigen Ausfuhrprodukten in Verbindung mit erhöhten Gesteinungs- und Materialkosten sehr ungünstig beeinflusst. Trotz der im allgemeinen günstigen Lage des Kalimarktes wuchs die Zahl der Werke um 13 auf 206, was wiederum eine Verminderung der Beteiligungsziffern der einzelnen Werke zur Folge hatte.

Der gesundheitlichen Zustand der Arbeiter nennt der Bericht im allgemeinen zufriedenstellend; die Zahl der tödlichen Verunglückungen durch Betriebsunfälle betrug 157 oder 1,970 auf 1000 beschäftigte technische Beamte und Bergleute. An Ausgaben auf Grund des § 616 B. G. B. und an Löhnen für die Zeit des Erholungsurlaubes von Arbeitern sind insgesamt nur 29 365 M. erwachsen, an Unterhaltungen für aktive Arbeiter wurden im Bereich der Bergverwaltung 118 706 M. aus Staatsfonds aufgewendet, die durch den Krieg veranlaßten besonderen Anwendungen für die Belegschaft (Familienunterstützungen der Kriegsteilnehmer) haben 10 643 348 M. betragen. Die Löhne haben durchwegs eine Steigerung erfahren, die aber in keinem Verhältnis zu der erhöhten Lebenshaltung steht. Ein Vergleich mit den Löhnen in normalen Zeiten ist nicht ohne weiteres möglich, weil sich die Zusammenlegung der Belegschaft erheblich vermindert hat. Die tüchtigsten und bestgelohnten Arbeiter der ersten Lohnklasse sind zum großen Teil eingezogen, die Verwendung jugendlicher und weiblicher Arbeiter hat erheblich zugenommen, ungelernete Arbeiter sind in großer Zahl eingestellt worden. Infolge der geringeren Leistungsfähigkeit der Belegschaft ist daher der Durchschnitt der Löhne niedriger, als er sich für Arbeiter mit normaler Leistungsfähigkeit ergeben würde.

Organisation der Frauenarbeit durch das Kriegsamt.

Im Rahmen der für die Frauenarbeit innerhalb des Kriegsamts geschaffenen besonderen Organisation ist jetzt, wie in Nr. 7 der amtlichen Mitteilungen des Kriegsamts gemeldet wird, unter Leitung von Fel. Dr. Maria Elisabeth Lüders eine Frauenarbeitszentrale beim Kriegsamt gegründet worden. Bei jeder Kriegsamtstelle wurden Frauenarbeitshauptstellen unter Leitung besonderer Referentinnen errichtet. Nach Bedarf sollen Frauenarbeitsnebenstellen geschaffen werden. Die unerlässliche Zusammenarbeit mit allen auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge bisher schon tätigen Organisationen ist durch die Bildung des Nationalen Ausschusses für Frauenarbeit im Krieg*, der in diesen Tagen zum ersten Male zusammentrat, gesichert worden. Bei der Frauenarbeitszentrale werden sachverständige Mitglieder der dem Nationalen Ausschuss angeschlossenen Vereine für die einzelnen Aufgaben jeweils zur Beratung und zu tätiger Mitarbeit nach Bedarf herangezogen werden. Die Provinzialorganisationen werden in gleicher Weise den Frauenarbeitsstellen bei den Kriegsamtstellen zur Verfügung stehen.

Der folgende Arbeitsplan ist vom Kriegsamt als allgemeine Richtlinien für die Tätigkeit der Frauenarbeitszentrale und ihrer Unterorgane aufgestellt worden:

1. Die Frauenarbeitszentrale hat die Aufgabe, mit dem Ziele höchster Produktionssteigerung alle die Maßnahmen in die Wege zu

leiten, die die Arbeitsfähigkeit und Arbeitswilligkeit der weiblichen Arbeitskräfte jeder Art fördern.

2. Die Frauenarbeitszentrale hat deshalb darauf hinzuwirken, daß alle Arbeitshemmnisse für die Frauen nach Möglichkeit beseitigt werden. Das bedingt: a) Maßnahmen zum Schutze der Gesundheit, b) Bereitstellung geeigneter Erholungsstätten, Wohn- und Schlafgelegenheiten, c) Beschaffung angemessener Berufskleidung, d) Verbesserung der Beförderungsverhältnisse und Verkehrsmittel, e) Verbesserung der Organisation der Nahrungsmittelbeschaffung und -verteilung für die Frauen.

3. Neben der Fürsorge für die Erhöhung der persönlichen Arbeitsfähigkeit der Frauen muß die Frauenarbeitszentrale Einrichtungen treffen, die dem Wohle der zu den Frauen gehörenden Familienmitglieder dienen und dazu beitragen, die Arbeitswilligkeit zu erhöhen: Ausgestaltung von Krippenstellen, Stricken, Bewachanstalten, Kinderhärten, Horten, Stillstuben, Rütter-, Säuglings-, Kleinkinderbetreuungsstellen usw.; Einstellung von Haus-, Gemeinde-, Landpflegerinnen, Kreisfürsorgerinnen usw.

4. Zur Durchführung und Sicherstellung der gekennzeichneten Aufgaben wird die Vermehrung der in der Gewerbe- und Wohnungsaufsicht sowie in der Fabriksfürsorge tätigen weiblichen Beamten nötig sein. Da die Zeit der Ausbildung dieser Beamtinnen auf dem üblichen Ausbildungswege nicht ausreicht, wird die Frauenarbeitszentrale geeignete Frauen aus anderen Berufen gewinnen und in abgekürztem Bildungsgang für ihre neuen Aufgaben vorbereiten lassen.

5. Zur Erfüllung der vorgezeichneten sozialen Fürsorge werden die Frauenarbeitszentrale bzw. die Frauenarbeitshauptstellen und -nebenstellen mit sämtlichen angeschlossenen Organisationen dauernd in Verbindung stehen, sie zum Ausbau ihrer vorhandenen Einrichtungen und zu enger Zusammenarbeit auch mit den zuständigen Behörden anregen, sowie mit ihnen gemeinsam für die Gewinnung und Heranbildung der benötigten sachkundigen Hilfskräfte Sorge tragen.

Die Aufgaben, die hier gestellt sind, fallen zu einem großen Teile auch in das Arbeitsgebiet staatlicher und städtischer Behörden, mit denen selbstverständlich in engerer Fühlung gearbeitet werden soll. Es soll auch in dieser Beziehung besonders betont werden, daß auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge bisher schon bestehende Einrichtungen in keiner Weise in ihrer selbständigen Entfaltung gehemmt werden soll. Es sollen nur in der Frauenarbeitszentrale und den Frauenarbeitshauptstellen Krisenfallstationen geschaffen werden, um durch ein organisches Zusammenwirken aller mit einem Mindestmaß von Aufwand den größtmöglichen Erfolg im einzelnen zu erzielen, und dadurch die vereinten Kräfte für die vielfältigen neuen Aufgaben in vermehrter Nähe zur Verfügung zu stellen. Es soll dabei kein falscher Eifer entfacht, keine Hoffnung erweckt werden, die Unzufriedenheit und Unruhe hervorgerufen könnte.

Die soziale Fürsorge für die arbeitenden Frauen und deren Familien kann, soweit das Kriegsamt in Frage kommt, nur von dem Gesichtspunkt betrieben werden, daß sie als Mittel zum Zweck dient, und in allem, was zu geschehen hat, mit der Zweck an oberster Stelle stehen: nämlich die größtmögliche Erzeugung von Kriegsbedarf aller Art.

Aus der Partei.

Die Schicksalsstunde der Partei.

Der Landesvorstand im Großherzogtum Hessen rücht eine dringende Mahnung an die Parteigenossen, jeder Art von Sonderorganisation auf das entschiedenste entgegenzutreten. In ihrem Auftruf wird die Geduld geschädigt, mit der die Mehrheit dem Treiben der Minderheitsgruppen die längste Zeit zugehört hatte, dann heißt es weiter:

Durch diese Duldung dreist und dreister geworden, wagten die Oppositionsführer auch den letzten Schritt: sie schlossen sich zur Sprengkolonne, die von innen heraus das Parteigebäude, wenn sie es doch nicht beherrschen konnten, zerstören sollte.

Da war es höchste Zeit, daß diesem Treiben ein Ende bereitet wurde. Der Parteiausschuss konnte nicht mehr anders entscheiden als er es tat.

Wir billigen den Beschluß des Parteiausschusses und den Aufruf des Landesvorstandes vom 20. Januar 1917. Wir weisen darauf hin, daß Genossen und Organisationen, die sich mit den Beschläßen der Reichskonferenz der Gruppen Arbeitsgemeinschaft, Spartakus oder Internationale solidarisch erklären, nicht gleichzeitig Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei sein oder bleiben können. Die Partei will und wird niemand in feiner Meinungsfreiheit behindern. Aber die Aktion der Partei darf nicht gestört und durchkreuzt werden. Wer den Weisungen der Sonderorganisationen folgt, entfernt sich aus dem Rahmen der Gesamtpartei.

Der sozialdemokratische Ortsverein Traunschweig nahm gegen 14 Stimmen eine Erklärung an, die sich „auf den Boden der entschiedensten Opposition“ stellt, dem Parteivorstand und Parteiausschuss wegen ihres Vorgehens gegen die Parteiverstörer Ueberbreitung der Befugnisse vorwirft und die zum Schluß besagt:

„Der Ortsverein erklärt sich mit den außerhalb der Partei gestellten Anhängern der Opposition solidarisch und ruft die gesamte Opposition zu einem einmütigen und geschlossenen Handeln auf.“

Eine Resolution Antrid, die unter anderem forderte, an den Parteivorstand die Pflichtbeiträge abzuliefern, war mit Annahme dieser Erklärung erledigt.

Die vier „Ergenossen“. In einem Schreiben vom 28. Januar hatten die Reußländer Stadtverordneten Mohr, Klein, Sobolj und Dr. Silberstein ihren Austritt aus dem der Spartakusgruppe zugehörigen Wahlverein Reußland erklärt, „da sie die Absicht haben, auch in Zukunft ihre Parteitätigkeit nicht außerhalb, sondern innerhalb der Partei auszuüben“. Das Braunschweiger Spartakus-Blatt, der „Volkstreue“, bezeichnet nunmehr diese Genossen ganz folgerichtig als ehemalige Genossen und Ergenossen, da sie ja keine Genossen sind, und wirt ihnen die wildesten Sanktionen nach. Sie haben nach seiner Meinung kom und ionders aus eigennütigen Motiven gehandelt. „Jedenfalls“, ruft er entrüstet, „ein Musterbeispiel für die Arbeiter, die daraus lernen können, wie Ueberzeugungstreue und Solidarität aussieht.“

In den Augen der Spartakuser ist eben die Solidarität mit der Gesamtpartei ein gewisses Verbrechen, und jeder, der, aus ihrem Lager kommend, den Weg zur Partei zurückfindet, muß eine breite Salomonflut persönlicher Verleumdungen durchwaten. Durch die Angst vor der „moralischen Brandmarkung“ sollen sie ihre Genossen bei der Stange halten.

Diese Methode kann aber nur auf Leute wirken, die allerhand Dreck am Stecken haben und Enthüllungen fürchten. Die seien

*) Die Reichsbahn. Ein offenes Wort über die Eisenbahn-, Staats- und Reichsfinanzen. Stuttgart 1917. Greiner u. Pfeiffer.

der Sparsparatubringe rubig gefärbt. Andere Leute brauchen die ihnen nachgeschickten Verleumdungen nicht zu fürchten.

Parteilandbatur und Verhältniswahlssystem.

Aus Stuttgart wird geschrieben:
Die Verhältniswahl ist in Deutschland noch eine junge Einrichtung. Daher kommt es, daß mancherlei wahltechnische Fragen, die bei diesem Verfahren in der Praxis auftauchen, eine gesetzliche Klärung noch nicht erfahren haben. Eine Frage dieser Art wird jetzt vom Stuttgarter Gemeinderat näher zu prüfen sein. Dort ist das Gemeinderatsmitglied Schwab, das im Jahre 1911 von der Stuttgarter Sozialdemokratie gewählt wurde, während des Krieges sich aber mit der Stuttgarter Opposition von der Partei absonderte, vom Reichsgericht wegen verübten Landesverrats zu zwei Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt worden. Damit ist das Gemeinderatsmandat Schwabs erloschen. Nach dem Gesetz hätte nun derjenige von den nichtgewählten Gemeindeführern, der auf dem Wahlvorschlag des Ausschusses die nächsthöchste Stimmenzahl erreichte, in das freigewordene Amt einzutreten. Dieser nächste ist der Landtagsabgeordnete Westmeyer, der an der Spitze der von der Gesamtpartei abgespaltener Stuttgarter Sonderorganisation steht. Der Stuttgarter Oberbürgermeister hatte Westmeyer zur letzten nichtöffentlichen Sitzung des Gemeinderats auch bereits eingeladen, um ihn zu vereidigen und einzuführen. Die sozialdemokratische Gemeinderatsfraktion erhob jedoch gegen dies Vorhaben Einspruch. Erstens machte sie geltend, daß die Einführung eines neuen Mitgliedes in der öffentlichen und nicht in der geheimen Sitzung zu erfolgen habe. Zweitens verlangte sie, daß vor der Vereidigung Westmeyers die Frage geprüft werde, ob es dem Geiste der Verhältniswahl entspricht, daß eine Person als Vertreter einer Partei in ein öffentliches Amt eintritt, die aus dieser Partei ausgeschieden ist. Dem Einspruch wurde Rechnung getragen. Da das Gesetz diese Frage nicht behandelt, wird es Aufgabe des Gemeinderats sein, aus dem Geiste des Gesetzes heraus seine Entscheidung zu treffen. Das Gesetz kennt als Träger der Wahlvorschläge nur die „Wählervereinigungen“. Die Wählervereinigung, die Westmeyer 1911 vorschlug, war der Sozialdemokratische Ortsverein Stuttgart, Mitglied der württembergischen Landesorganisation und der deutschen Sozialdemokratie. Dieser Organisation gehört Westmeyer jetzt nicht mehr an und es fragt sich daher, ob er oder der nächste Kandidat desselben Wahlvorschlags, der noch Mitglied der bezeichneten Organisation ist, als ihr Vertreter in den Gemeinderat einzutreten hat. Die Entscheidung wird von politischer Bedeutung auch für den württembergischen Landtag sein, dessen Mitglieder zum Teil gleichfalls im Wege der Verhältniswahl gewählt werden.

Aus Industrie und Handel.

Deutsche Industrie im Kriege.

Die „Frankfurter Hg.“ veröffentlicht eine sehr interessante Zusammenstellung über die Bilanzergebnisse von 416 Aktiengesellschaften mit einem Grundkapital von 4387,1 Millionen Mark in 19 Industrien. Von vornherein muß gewarnt werden, die ausgewiesenen Gewinne und Abschreibungen für erschöpfend anzusehen. Es hat sich vielmehr eine besondere Kunst entwickelt — man denke an Daimler oder die Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken — die tatsächlichen Gewinne zu verheimlichen, welchem intensiven Streben auch die schlechte Werbung entsprungen ist. Die Kriegsgewinnsteuer, die einen gewissen Rückschlag zulassen könnte, unter das Sammeltkonto „Kreditoren“ (Gläubiger) zu verbuchen.

Die Abschreibungen dieser Gesellschaften betragen:

1913 und 1913/14	289 122 000 M.
1914 und 1914/15	438 821 000 „
1915 und 1915/16	588 899 000 „

Reingewinn und Durchschnittsdividenden betragen:

1913 und 1913/14	578 155 000 M.	2,55 Proz.
1914 und 1914/15	598 790 000 „	9,01 „
1915 und 1915/16	891 519 000 „	(1) 12,51 „

Die Dividenden sind also weit langsamer als der Reingewinn gestiegen; das ist auch gut und nötig, weil die gute geschäftliche Forderung sehr viel notwendiger als die Ausschüttung hoher Dividenden ist.

Die Rückstellungen aus dem Gewinn einschließlich der Vertragsverhöhungen betragen:

1913 und 1913/14	117 980 000 Mark
1914 und 1914/15	176 288 000 „
1915 und 1915/16	268 854 000 „

Diese Zahlen ergänzen noch das Bild einer im ganzen großen vorzüglichen Bilanzierung, wenn auch nicht verschwiegen werden darf, daß einige Unternehmen ihren Aktionären durch Neuausgabe von Aktien zu sehr niedrigem Kurs wertvolle Bezugsrechte eingeräumt haben, wodurch die Verteilung einer prozentuell niedrigeren Dividende trotz absolut höherer Gewinnausschüttung ermöglicht werden soll. Solche Kapitalverwässerungen können sich bitter rächen, wenn im Frieden das erhöhte Kapital vollständig verzinst werden soll.

Unter den untersuchten Gewerben hatten nur die Zementindustrie und das Hotelgewerbe Verluste zu verzeichnen. Im Jahre 1914 bezw. 1914/15 auch die Zellstoff- und Papierindustrie. Dagegen haben die angeführten Textilfabriken ihren Reingewinn von 20 061 000 M. auf 28 233 000 M. bezw. 33 095 000 M. trotz der Schwierigkeiten in der Rohstoffbeschaffung steigern können. Die Zucker- und Mühlenindustrie — es wurden 18 bezw. 17 Unternehmen untersucht — hatte 1914 bezw. 1914/15 ihre höchsten Gewinne (22 320 000 M. bezw. 9 849 000 M.), die im folgenden Jahr auf 18 096 000 M. bezw. 5 992 000 M. sanken, aber noch wesentlich höher als im letzten Friedensjahr waren (10 784 000 M. bezw. 3 771 000 M.). Die Eisen- und Stahlwerke steigerten ihren Reingewinn von 2 820 000 auf 4 168 000 bezw. auf 5 051 000 Mark. 20 Lederfabriken mit einem Kapital von 47,65 Millionen Mark konnten ihre Aktionäre mit folgenden Gewinnen beglücken: 6 331 000, bezw. 13 715 000 (1), bezw. 21 243 000 Mark (1). Die Lederindustrie hat ihre Reingewinne also fast verdreifachen können, obwohl sie gleichzeitig die Abschreibungen von 2 300 000 auf 21 086 000 Mark verneunfachte. Bei 14 Automobilfabriken mit einem Kapital von 87,35 Millionen Mark betragen:

Jahr	Reingewinn	Abschreibungen
1913 und 1913/14	11 154 000	7 819 000
1914 und 1914/15	19 587 000	9 154 000
1915 und 1915/16	88 023 000	18 983 000

Ein ähnliches Bild überquerender Gewinne bieten 16 Sprengstofffabriken mit einem Kapital von 91,75 Millionen Mark. Ihr Reingewinn hat sich von 10,6 Millionen

Mark im Jahre 1913 auf 45 Millionen Mark im Jahre 1915 erhöht, ihre Abschreibungen von 5,7 auf 12,4 Millionen Mark, ihre Rückstellungen von 0,6 auf 17,8 Millionen Mark.

Hier hat sich der Reingewinn mehr als verdreifacht, die Abschreibungen sind um 25 Proz., die Rückstellungen um fast 3000 Proz. gestiegen.

29 Munitionsfabriken mit einem Kapital von 252,23 Millionen Mark wählten sich ein Sinken ihres Reingewinns im ersten Kriegsjahre von 33,3 Millionen Mark auf 29,5 Millionen Mark gefallen lassen, brachten aber den Verlust durch die Steigerung des Gewinns auf 46,8 Millionen Mark im Geschäftsjahr 1915 und 1915/16 wieder ein.

Zwangig untersuchte Unternehmen der Elektrizitätsindustrie erhöhten bei staatlicher Vermehrung der Abschreibungen ihren Reingewinn von 77 465 000 auf 84 461 000 bezw. auf 103 627 000 M.

Die chemische Industrie (20 Unternehmen mit 345,45 Millionen Mark) hat ebenfalls Abschreibungen und Rücklagen ganz wesentlich erhöht und ihren Reingewinn, der im ersten Kriegsjahre von 85,5 Millionen Mark auf 71,3 Millionen Mark gesunken war, 1915 und 1915/16 auf 90,9 Millionen Mark hinaufgebracht.

Am meisten Kapital ist in der Montanindustrie angelegt. 39 Berg- und Hüttenwerke mit einem Kapital von 1693,5 Millionen Mark hatten im ersten Kriegsjahr ein Sinken ihres Reingewinns von 207 auf 194 Millionen Mark zu beklagen, das durch eine Steigerung der Gewinne im zweiten Kriegsjahr auf 327 Millionen Mark wettgemacht wurde. Die Abschreibungen stiegen von 1913 bis 1915 von 186 auf 268 Millionen Mark, die Rückstellungen verdoppelten sich von 56 auf 109 Millionen Mark!

Die Ausschnitte zeigen, daß das Reich und die Verbraucher entschieden zu viel gezahlt haben und die Kriegsgewinnsteuer so gut wie spurlos an den großen Verdienern vorbei gegangen ist!

Die Deutsche Bank wird noch größer.

Die Deutsche Bank kauft die Aktien des Schlesienschen Bankvereins und der Norddeutschen Kreditanstalt gegen 25 Millionen Mark neuer Aktien ein. Da der Schlesiensche Bankverein ein Kapital von 50 Millionen Mark und die Norddeutsche Kreditanstalt ein Kapital von 24 Millionen Mark hat, ist die Beschränkung auf Neuausgabe von 25 Millionen Mark Aktien durch die Deutsche Bank nur deshalb möglich, weil die Deutsche Bank bereits einen großen Teil der Aktien dieser beiden Unternehmen in ihrem Besitz hat und weil für je 8000 Mark der ausstehenden Aktien des Schlesienschen Bankvereins 5000 Mark Aktien der Deutschen Bank werden. Wie aus dem Namen der ausgelegenen Institute erhellt, tritt die Deutsche Bank durch die neue Transaktion unmittelbar in das Geschäftsleben des ganzen deutschen Ostens von Weichen bis Königsberg. Die Ursache der Transaktion war der Wunsch, doppelte Steuerzahlung zu vermeiden. Bisher mußte der Schlesiensche Bankverein oder die Norddeutsche Kreditanstalt von ihrem Gewinn Steuern zahlen und außerdem die Deutsche Bank von den auf ihrem großen Aktienbesitz bezogenen Dividenden.

Die Deutsche Bank wurde im Jahre 1870 mit einem Kapital von 15 Millionen Mark gegründet und wird nach Durchführung dieser jüngsten Verschmelzung ein Kapital von 275 Millionen Mark und offene Reserven von etwa 225 Millionen Mark haben. Die Diskontogesellschaft hat zwar ein höheres Aktienkapital, nämlich 300 Millionen Mark, aber nur etwa 120 Millionen offene Reserven. Die zehn größten Deutschen Aktiengesellschaften sind: Diskontogesellschaft 300, Deutsche Bank 275, Friedr. Krupp 280, Dresdener Bank 200, Allg. Elektr. Ges. 191, Gelsenkirch. Bergwerks-Gesellschaft 188, Reichsbank 150, Hamburg-Amerika-Linie 150, Darmstädter Bank 150, Deutsch-Luxemb. Bergwerks-Ges. 130 Millionen Mark Aktienkapital.

Wernerstwert ist, daß durch die Auffassung des Schlesienschen Bankvereins durch die Deutsche Bank der Rentiermann Geh. Justizrat Dr. Borck, der auf katholische Erbschaft v. Bassestem und der freikonservative Fürst v. Haffelb. Herzog zu Trachenberg, in den Aufsichtsrat der Deutschen Bank eintreten.

Soziales.

Die Feststellung des Wahlergebnisses bei den Wahlen der Ausschüsse nach dem Verhältniswahlgesetz.

Die Wahl der Ausschussmitglieder findet, wie § 11 des Verhältniswahlgesetzes vorschreibt, nach den Grundzügen der Verhältniswahl statt. Es gelten also nicht ohne weiteres die Gesetze der Verhältniswahl als gewählt, auf die die meisten Stimmen entfallen, sondern es sind auch die anderen Listen zu berücksichtigen. Wie die Verteilung der Ausschussmitgliederbestimmen auf die Vorschlagslisten erfolgt, bestimmt in Preußen § 16 der vom Handelsminister herausgegebenen Wahlordnung. Dort heißt es:

„Die den einzelnen Vorschlagslisten zugefallenen Stimmenzahlen werden der Reihe nach durch 1, 2, 3, 4 usw. bis zur Höchstzahl der zu Wählenden geteilt; unter den so gefundenen Zahlen werden sozial Höchstzahlen ausgesondert und der Größe nach geordnet, als Mitglieder zu wählen sind. Jede Vorschlagsliste erhält so viele Mitglieder zugewiesen, wie Höchstzahlen auf sie entfallen. Wenn eine Höchstzahl auf mehrere Vorschlagslisten zugleich entfällt, so entscheidet das Los darüber, welcher dieser Vorschlagslisten die nächste Stelle zukommt. Wenn eine Vorschlagsliste weniger Bewerber enthält, als Höchstzahlen auf sie entfallen, so gehen die überschüssigen Stellen auf die Höchstzahlen der anderen Vorschlagslisten über.“

Obgleich dieses Verteilungssystem sehr einfach ist, muß es, um verständlich zu sein, durch ein Beispiel klar gemacht werden. Ausgegangen wird dabei von der Annahme, daß drei Listen vorgelegt waren, von denen die Liste I 600, die Liste II 400 und die Liste III 200 Stimmen erhalten hat. Diese Zahlen sind dann der Reihe nach durch 1, 2, 3, 4 usw. zu teilen. Es ergibt dies folgende Tabelle:

Stimme	Liste I	Liste II	Liste III
1	600	400	200
2	300	200	100
3	200	133 1/3	66 2/3
4	150	100	50
5	120	80	40
6	100	66 2/3	33 1/3
7	85 2/3	57 1/3	28 2/3
8	75	50	25

Aus diesen drei Zahlenreihen werden der Reihe nach die Höchstzahlen herausgelöst und der auf der betreffenden Liste auf dieser Stelle stehende Bewerber gilt als gewählt. Es ergibt dies folgendes Resultat: Liste I erhält mit 600 das erste Mitglied, die Liste II mit 400 das zweite Mitglied, es folgt dann wieder die Liste I mit 300 als die das dritte Mitglied stellt. Auf allen drei Listen steht dann als Höchstzahl 200, hier ist zu lösen, welche Liste den 4., oder 5., oder 6. Gewählten stellt; dann folgt wieder Liste I mit 150 mit dem 7. Mitglied, Liste II mit 133 1/3 mit dem

8., Liste I mit 100 mit dem 9. Mitglied. Da dann auf allen drei Listen die Zahl 100 folgt, ist das achte Mitglied wieder auszulösen, usw., wie mit schragliegenden Zahlen hinter den drei Reihen bemerkt ist. Wenn zehn Ausschussmitglieder zu wählen waren, würde die Liste, auf die bei der Zahl 100 das Los entfällt, das letzte Ausschussmitglied stellen. Es kann das ebenso gut die Liste III wie die Liste I sein. Dann folgen mit den nächst größeren Zahlen die 20 Erstgenannten, von denen der erste und zweite, da auf sie die Zahl 100 entfällt, wieder auszulösen sind, den dritten Erstgenannten stellt die Liste I mit der nächst größten Zahl 85 2/3, usw.

Es kommt also immer darauf an, daß die Personen, auf deren Wahl besonderer Wert gelegt wird, auf den Listen an die erste Stelle kommen.

Gewerbegerichtsvorsitzende und Hilfsdienst.

In seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Verbandes Deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte hat Magistratsrat v. Schulz, Berlin, sich an das Kriegsamt gewandt und darum ersucht, die im § 9 des Gesetzes betreffend den vaterländischen Hilfsdienst vorgezeichneten Ausschüsse, sowie die im § 1 der Bekanntmachung vom 21. Dezember 1916 vorgezeichneten vorläufigen Ausschüsse den Gewerbegerichten anzugliedern und die Gewerbegerichtsvorsitzenden nach Möglichkeit zu den Vorsitzenden der Ausschüsse zu bestellen. In der Begründung dieses Wunsches wurde darauf hingewiesen, daß wahrscheinlich am Sitz jeder Erklammission ein Gewerbegericht bestehe und daß diese auf Grund ihrer langjährigen Praxis besondere Erfahrungen über die Arbeitsverhältnisse im Bezirk hätten. Auch daraus wurde hingewiesen, daß mit einem großen Teil der Streitfälle, die wegen Verweigerung des Arbeitsdienstes entstehen, die Gewerbegerichte ohnehin angerufen werden würden. Darauf hat, wie das „Gewerbe- und Kaufmannsgericht“ in der Nummer vom 1. Februar mittelt, das Kriegsamt folgende Antwort erteilt:

„Auf die Eingabe vom 12. d. M. erwidert das Kriegsamt ergebenst, daß das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst selbständige Ausschüsse vorsieht und daher eine Angliederung an die Gewerbegerichte nach dem Gesetz nicht möglich ist. Es wird jedoch der in der Eingabe geäußerten Auffassung zugestimmt, daß es zweckmäßig erscheint, als Vorsitzende der Schlichtungsausschüsse des § 9, Gewerbegerichtsvorsitzende nach Möglichkeit zu wählen. Die stellvertretenden Generalkommandos sind durch eine Kundenerklärung bereits angewiesen, bei ihren Vorschlägen für die Ernennung der Vorsitzenden, wenn möglich, auch Gewerbegerichtsvorsitzende zu berücksichtigen.“

Hoffentlich wird nach dieser Kundenerklärung verfahren, denn daß die Gewerbegerichtsvorsitzenden sich zu Vorsitzenden der Ausschüsse besonders eignen, daran ist nicht zu zweifeln.

Wo bleibt die Einschränkung des Sparszwangs?

Am 15. November 1916 hat das Kriegsministerium, wie mit in Nr. 28 des „Vorwärts“ berichteten, eine ergänzende Verfügung an die stellvertretenden Generalkommandos erlassen, wonach die Maßnahme des Sparszwangs nur auf solche Jugendliche angewendet werden soll, deren Lebensumstände eine zwangsweise Einwirkung notwendig macht. Das hat das Kriegsministerium auf eine Eingabe der Zentralstelle für die arbeitende Jugend selbst mitgeteilt. Wir erwähnten, daß die „Arbeiter-Jugend“, der wir diese Tatsachen entnahmen, ihrem Erkennen Ausdruck gebe, daß eine Änderung der Sparszwangsverläufe bisher nicht erfolgt sei. Wir selbst verlangten, daß die neue Verfügung nicht nur auf dem Papier stehen bleibe. Wir müssen heute auf diese Angelegenheit zurückkommen. Ansehend ist immer noch keine Änderung der alten Sparszwangsverläufe erfolgt. Veröffentlichung ist eine solche Änderung nicht. Andauernd gehen und klagen über die Wirkung der alten Erlasse zu. Wir lassen aus einem der uns zugegangenen Berichte folgende für sich selbst sprechende Stelle folgen:

„Es ist doch heute nicht möglich, mit dem Kostgeld, das dem Sparer verbleibt, ihn zu verpflegen, zu bekleiden, zu bewachen und was sonst alles zum Leben gehört, zu beschaffen. Will der Spater aber seine Eltern zu seiner Bekleidung etwas Geld abheben, dann wird ein ungeheurer Beamtenapparat in Bewegung gesetzt. Zuerst muß man hinauffahren und Antrag stellen. Nach 5 Tagen kommt ein Beamter zur Feststellung der Verhältnisse. Nach weiteren 5 Tagen muß jemand von den Eltern hinkommen und wird bis auf die Kieren ausgefragt. Und in welchem Tone oft! Man kommt sich oft geradezu als ein Bettler vor. Nach wieder 5 Tagen erhält man endlich die Anzeige, daß 30 M. freigegeben seien. So wird dann das Geld betrisfen, denn was soll man mit 30 M. anfangen, um Kleidung zu kaufen?“

So ähnlich lauten die Klagen auch in den anderen Briefen. — Welch Zeitverschwendung und Zerger einer Sache wegen, in der auch absolut kein Grund vorliegt, eine Beschränkung dem Jugendlichen aufzuerlegen. Welch Mühe und Arbeit für Arbeitgeber und Behörden! Es wird vielleicht nur dieses Hinweis bedürfen, um nunmehr bald zu einer Änderung der Sparszwangsverläufe zu gelangen. (a)

Wirkung des Antrags auf Befreiung von der Mitgliedschaft in einer Zwangskasse.

Mitglieder der freien Hilfskassen haben das Recht, beim Antritt eines Arbeitsverhältnisses den Antrag zu stellen, daß ihre Rechte und Pflichten in der Zwangskasse ruhen, bei der sie sonst verpflichtet sein würden. Sie brauchen dann keine Beiträge zu zahlen und die Kasse braucht im Erkrankungsfall keine Leistungen zu gewähren. Das Recht, Leistungen von der Kasse zu beziehen, erlischt mit der Stellung des Antrags auch in solchen Versicherungsfällen, die vor dem Eingang des Antrags bei der Kasse eintreten. So entzieht das Reichsversicherungsamt in einem Besche, in dem ein Arbeiter an dem gleichen Tage verunglückte, an dem er im Bureau seines Arbeitgebers den Antrag auf Befreiung von der Zwangskassemitgliedschaft gestellt hatte. Obgleich der Antrag erst am Tage nach dem Unfall bei der Kasse einging, lehnte diese die Leistungen ab. Dem stimmte das Reichsversicherungsamt zu, wobei es ausführt, daß der Versicherer nach dem Wortlaut des Gesetzes nach Stellung des Antrags „keinen Anspruch auf die Leistungen der Krankenkasse“ habe und daß dieser Wortlaut keinen Anhalt dafür biete, daß der Arbeitgeber diejenigen Leistungen, auf die der Versicherte zur Zeit der Stellung des Antrags schon ein Recht erlangt hatte, anders behandeln wolle als diejenigen, auf die ein Anspruch erst nachher erworben wurde.

Die aber, wenn ein Mitglied einer Hilfskasse sich von der Beitragsleistung zur Zwangskasse entbinden läßt, ihr aber dann wieder beiträgt, nachdem er inzwischen erkrankt ist? Er hat dann gleichfalls keinen Anspruch auf die Krankenleistungen, weil aus Versicherungsfällen, die während der Befreiung eintreten, keine Rechte gegen gegen die Zwangskasse erworben können. Eine andere Beurteilung, so sagt das Reichsversicherungsamt, wäre geeignet, eine unrettungsliehe Ausnutzung der Zwangskassen herbeizuführen. Die Hilfskassenmitglieder hätten es dann in der Hand, nachdem sie zunächst Befreiung von der Mitgliedschaft bei der Zwangskasse genossen haben, nach dem Eintritt einer Krankheit durch ihren Eintritt sich eine Topfunterstützung zu verschaffen, nach dazu, solange sie arbeitsunfähig sind, ohne Beiträge zur Zwangskasse zahlen zu müssen. Dies müßte zu einer schweren Schädigung der Zwangskassen führen.

Die Zahl der Krankenkassenmitglieder Berlins

betrug am 1. Januar 1917: 270 514 männliche und 405 621 weibliche, gegen 273 363 männliche und 410 785 weibliche am 1. Dezember 1916. Das Ueberwiegen der Frauennarbeit als Wirkung der Kriegszeit zeigt sich in diesen Ziffern in deutlicher Weise.

und unserer alten Frontlinie gelegen ist. In diesem Gefecht machten wir weitere 82 Gefangene, darunter einen Offizier. Letzte Nacht drangen wir auch in die feindlichen Laufgräben südlich von Bouc-epedens ein und brachten Gefangene und ein Maschinengewehr mit. Eine Anzahl von Feinden wurde getötet und die feindlichen Unterhände mit Bomben besorfen. Während der Nacht wurde eine feindliche Jagdabteilung (nämlich: Raiding party) in der Nachbarschaft von Bueudecourt von unserer Sperrfeuer bezirkt, ehe sie unsere Linie erreichte. Ein anderer feindlicher Angriff, der südwestlich von La Bassée verfuhr wurde, wurde ebenfalls zurückgeschlagen.

Die beträchtliche Artillerietätigkeit auf beiden Seiten in der Nachbarschaft von Armentières und Popering dauerte fort. Wir verurteilten eine große Explosion in den feindlichen Linien. In der Nacht vom 6. auf den 7. warfen wir mit gutem Erfolg Bomben auf ein feindliches Fliegerlager. Ein deutsches Flugzeug wurde gestern in einem Luftkampf zerstört und drei andere wurden in beschädigtem Zustande zum Landen gezwungen. Eine unserer Maschinen fehlt.

Vom 9. Februar meldet der englische Bericht: Am Morgen und in der letzten Nacht machten wir in der Gegend von Vermelles und Popering erfolgreiche Vorstöße; eine große Zahl feindlicher Unterhände wurde zerstört. Feindliche Versuche, sich in der Nacht unserer Linie südlich von Armentières zu nähern, wurde durch unser Sperrfeuer leicht abgewiesen. Unsere Artillerie wirkte sehr erfolgreich gegen feindliche Batterien und verurteilte zwei Explosionen in den feindlichen Linien.

Frankösischer Heeresbericht vom 9. Februar nachmittags. Südlich der Nord-Schleife ein feindlicher Angriff in der Gegend von Bour und Les Calamez in unserem Sektor vollständig abgewiesen. In der Woche heftiger Artilleriekampf und Patrouillentätigkeit nördlich von Flixes. In den Wäldern überdeckte östlich von Roimont eine unserer Abteilungen einen deutschen Posten, dessen Besatzung getötet oder gefangen genommen wurde.

Vom 9. Februar abends. In der Gegend östlich von Reims gelang uns ein Durchbruch; wir brachten Gefangene ein. Unsere Batterien richteten wirksam Feuer auf feindliche Anlagen im Abschnitt der Höhe 204. Ein Lager für Schießbedarf explodierte. Ununterbrochene Geschützfeuer auf der übrigen Front.

Flugwesen: Am Abend und heute morgen warfen deutsche Flugzeuge zweimal Bomben auf die Gegend von Dünkirchen ab, wobei vier Personen der Zivilbevölkerung getötet wurden. Die Gegend von Arward wurde ebenfalls mit Geschossen bedacht, wobei es vier Verwundete gab. Es bestätigt sich, daß einer unserer Flieger am 7. Februar ein deutsches Flugzeug bei Serchies-Busch (Aisne) abgeschossen hat. In der Nacht vom 7. auf den 8. warfen unsere Bombenwerferflugzeuge Geschosse auf militärische Fabriken, auf den Bahnhof von Bernsdorf und auf den Bahnhof von Freiburg im Breisgau ab.

Die Lage am Tigris.

Der türkische Kriegsbericht.

Konstantinopel, 8. Februar. Amtlicher Bericht.

Tigris-Front. Am 6. Februar und in der Nacht darauf starke Artillerietätigkeit südlich vom Tigris. Am 6. Februar scheiterte südlich vom Tigris der Versuch von drei feindlichen Kompagnien, gegen unsere Stellungen vorzugehen, in unserer Feuer, und die Kompagnien mußten sich zurückziehen.

An der Jellahie-Front: rege Tätigkeit von Erkundungs-Patrouillen.

Konkasus-Front. Nördlich von Billa vertrieben unsere Freiwilligen eine Kompagnie des Feindes. Auf dem linken Flügel wurde der Angriff einer starken feindlichen Erkundungsabteilung abgefohlen. An den übrigen Fronten kein Ereignis von Bedeutung.

Der Stellvertretende Oberbefehlshaber.

Der Kampf um Siva.

Der englische Heeresbericht aus Bagdad meldet vom 9. Februar: Die gegen die Hauptmacht des Sidi Ahmed Senufi, Führers in der Wüste im Westen, unternommenen Kampfhandlungen sind soeben zu einem erfolgreichen Abschluß gebracht worden. Die Hauptmacht des Feindes war in Siva und den umliegenden Oasen festgesetzt worden. Am 4. Februar fanden unsere Streikräfte die Hauptmacht des Feindes in wohlbesetzter Stellung südlich von Sirba, 15 Meilen von Siva. Wir griffen sofort an, und nachdem der Kampf den ganzen Tag über angehalten hatte, floh der Feind nachts, nachdem er seine Zelte in Brand gesteckt und große Vorräte von Schießbedarf vernichtet hatte. Bei Beginn des Kampfes begab sich Sidi Ahmed in Begleitung seines Oberbefehlshabers Naheemeh Saleh von Siva nach Sirhata, 10 Meilen westlich von Sirba. Unsere Truppen zogen am Morgen des 5. Februar in das vom Feinde geräumte Siva ein. In der Zwischenzeit besetzte eine hierzu abgeordnete Abteilung unserer Truppen den Amasie-Bah, 24 Meilen westlich von Sirba, den einzigen für Kamelkarawanen paß zwischen Sirba und Zarabub. Ein Transportzug des Feindes, der sich ostwärts begab, wurde im Paße gefangen und kurz darauf wurde der Vorhut des von Sirba fliehenden Feindes erfolgreich ein Hinterhalt gelegt. Sidi Ahmed mußte, da er den Paß besetzt fand, an der Spitze seiner Hauptmacht die Straße verlassen und südwärts in die wasserlose Wüste abbiegen. Diese Unternehmungen haben der Sache der Senufi einen schweren Schlag versetzt. Ihre Hauptmacht ist überzogen, geschlagen und zum Rückzug in die Wüste gezwungen worden und ihre Verluste betragen 200 Tote und Verwundete; außerdem verloren sie eine Anzahl Gewehre, ein Maschinengewehr und eine große Menge Vorräte und Schießbedarf.

Der Bericht ist infolgedessen besonders bemerkenswert, als er feststellt, daß die Senufi die seit alters berühmte, hochwichtige Oase Siva, in der südlichen Wüste, südlich vom Golf von Solum und in westlicher Richtung von Kairo gelegen, in Besitz gehabt haben.

Ein japanisch-australischer Handelsvertrag.

Stockholm, 10. Februar. („Trib. Stg.") Die Petersburger Telegraphenagentur meldet: Die Presse in Tokio stellt einen scharfen Hinweis auf die Stimmung in Australien fest. Die Regierung Australiens habe die Verdienste der japanischen Flotte um die Verteidigung der australischen Küsten offen anerkannt. Die Presse befürwortet daher die Festigung des freundschaftlichen Verhältnisses durch Schließung eines japanisch-australischen Handelsvertrages.

Kleine Kriegsnachrichten.

Ein Budapestter Blatt berichtet. Laut amtlicher Mitteilung hat die Regierung das weitere Erscheinen der Zeitung „A Kap" wegen ihres in der Intention der Kriegführung gefährlichen Inhalts verboten. Seit Kriegsbeginn ist das die erste derart strenge Verurteilung in Ungarn. (Z. II.)

Die Beschlagnahme aller Holzvorräte in England, sowie ein Verbot der Holzeinfuhr für private Rechnung zur Sicherstellung des Kriegsbedarfes ist nach Stockholmer Nachrichten aus London beabsichtigt.

Niesengewinne der amerikanischen Eisenbahnen. Die amerikanischen Eisenbahnen hatten im Jahre 1916 einen Reingewinn von rund 1100 Millionen Dollar. Hierbei sind aber alle Eisenbahnen mit einem Gewinn von weniger als einer Million Dollar nicht mitgerechnet worden. Die Eisenbahnmagnaten scheuen sich trotzdem nicht, von einem drohenden Untergang als Folge der kürzeren Arbeitszeit der Eisenbahner zu sprechen.

Politische Uebersicht.

Noch ein plumper Demagoge.

Um Nachdruck wird gebieten!

Daß wir für die Kämpfer da draußen das gleiche Bürgerrecht fordern — während doch der Krieg nur ein „Aus-hmefall" die Steuerleistung derer, die es dazu haben, aber die Regel ist — das hat uns von der „Kreuz-Zeitung" den Vorwurf der „plumpen Demagogie" eingetragen. Vielleicht ist es da erlaubt, die „Kreuz-Zeitung" an einen Mann zu erinnern, der einmal das Folgende sagte:

„Ich meine, ich will lieber einen Grenadier, der jetzt mit dem Militär-Ehrenkreuz von der Schlacht von Königgrätz zurückkommt, das allgemeine, direkte Wahlrecht einräumen, als von irgendeinem bestiebigen Krämer in der Rosengasse zwei Wahlmänner ernennen lassen. So stehe ich zu dieser Frage; und ich füge hinzu, meine Herren, das allgemeine Wahlrecht haben wir, das allgemeine Wahlrecht ist in Preußen das notwendige politische Korrelat der allgemeinen Wehrpflicht."

Derselbe Redner verhöhrte in derselben Rede aufs äußerste den Gedanken, „daß unter denjenigen, die das Wahlrecht überhaupt besitzen, der Geldbeutel solle gewogen werden!"

Will die „Kreuz-Zig." wissen, wer der Mann war, der so zu dieser Frage stand? Das war der Geheimrat Hermann Bagener, Chefredakteur der „Kreuz-Zeitung". Die Rede wurde im preußischen Abgeordnetenhause gehalten, zehn Wochen nach der Schlacht von Königgrätz am 12. September 1866!

Die „Kreuz-Zeitung" würde sich nur selbst ehren, wenn sie diesen Ausspruch ihres ehemaligen Leiters auch ihren Lesern ins Gedächtnis zurückrufen wollte. Wir werden jedenfalls die uns von ihnen davon unterrichten, ob sie es getan hat oder nicht.

Die Interessenten gegen das Getreidemonopol.

Der Verein der Getreidehändler an der Hamburger Börse befaßt sich in seinem Jahresbericht sehr eingehend mit der Frage des Getreidemonopols und kommt zu dem Schluß, daß das Monopol zu verwerfen sei.

Die ablehnende Haltung wird besonders damit begründet, daß beim Bestehen eines Monopols die Landwirte mehr auf Quantität als auf Qualität des Getreides sehen würden. Auch die Einfuhr soll erheblich erschwert werden, weil es der ausländische Handel leicht habe, zum Zwecke der Preissteigerung sich zusammenzuschließen, sobald nur das Reich als Käufer auftritt. Noch größer sollen nach Ansicht der Getreidehändler die Schwierigkeiten sein, die bei der Einfuhr von Futtermitteln zu überwinden wären. Schließlich wird dann noch die schwere Schädigung des Handelsstandes hervorgehoben, der zu einem Beamtenheer herabgedrückt würde.

Von all diesen Gründen ist wohl die Sorge, daß sich der unbegrenzte Spekulationsgewinn der Händler in ein begrenztes Arbeitseinkommen verwandeln könne, der einzig ausschlaggebende. Denn daß eine Kundenkrise, die einheitlich auf dem Weltmarkt auftritt, schlechter ausfallen soll als der zerstückelte Handel, ist die höchste volkswirtschaftliche Unwahrscheinlichkeit. Und die Landwirte würden mehr auf Menge als auf Güte des Getreides sehen? Ja, würden denn die Händler, indem sie Beamteneigenschaft annehmen, auf einmal die Fähigkeit verlieren, gutes von schlechtem Getreide zu unterscheiden?

Verkehrsteuern! Kohlensteuern!

Die „Kreuzzeitung" plaudert folgendermaßen aus der Schule:

Aber wenn jetzt der Verkehr auf Bahnen und Wasserstraßen besteuert, wenn eine Kohlenförderungsabgabe erhoben werden soll, was ist das anders als eine recht hübsche Belastung der Produktion? Und doch handelt es sich jetzt erst um die verhältnismäßig geringen Beträge, die das Gleichgewicht des Reichshaushalts erfordert. Die sollen wir die gewaltige Summe, die nach dem Kriege zur „Abarbeitung" der ganzen Kriegslasten aufzubringen sein würde, wenn wir keine Entschädigung erhalten, beschaffen, ohne unsere Produktion geradezu erdrückend zu belasten?

Ja, dann wird uns nur eine sozialistische Organisation der Produktion auf die Beine helfen können. Aber ist das Ganze nicht nur geschrieben, um zu zeigen, wie gut man unterrichtet ist?

Die Konfuzius-Verordnung. Der von Berlin scheidende Botschafter Gerard hinterläßt, wie der „Berl. Lokalanzeiger" berichtet, einen Betrag von 400 000 Mark zur Verteilung an Witwen und Waisen von Gefallenen durch Vermittlung eines zu diesem Zweck gebildeten Komitees, dem unter dem Vorsitz von Erzengel Stumm u. a. die Herren v. Grinner, Gutmann, Staatssekretär Dr. Solz, Spahn, Hofcher, Scheidemann angehören. Die erwähnte Summe ist das Ergebnis von freiwilligen Beiträgen amerikanischer Bürger, die dem Botschafter gelegentlich seines letzten Aufenthaltes in Amerika übergeben worden sind.

Entschädigung für Schußhaft. Der „Reichs- und Staatsanzeiger" berichtet: In der am 8. Februar abgeschlossenen Plenarsitzung des Bundesrats wurde dem Entwurf einer Bekanntmachung, betreffend Entschädigung für Verhaftung oder Aufenthaltseinschränkung auf Grund des Kriegszustandes und des Belagerungszustandes, die Zustimmung erteilt.

Eine kommunale Transportabteilung hat die Stadtverwaltung Köln eingerichtet. Angesichts der gegenwärtigen Schwierigkeiten bei der An- und Abfuhr von Gütern will die Einrichtung eine weitgehende Ausnützung der im Stadtgebiet vorhandenen, vor allem auch der privaten Transportmittel vermitteln. Auch die Straßenbahnen sollen bei der Veranschaffung von Wagen-Nachmitteln teilnehmen. Daneben werden kommunale Lagerplätze eingerichtet. Auch die kleinen Transportmittel, Handkarren usw. sollen mit herangezogen werden, wobei die Schulden und die Jugendwehr mitwirken sollen.

Letzte Nachrichten.

Zur Kriegslage.

Berlin, 10. Februar. (B. Z. B.) Am gestrigen Tage machten die Franzosen erneut den Versuch, für ihre Niederlage auf der Höhe 304, wo ihnen am 25. Januar die Stellungen in 1 1/2 Kilometer Breite unter schweren Verlusten an Toten und Gefangenen entrissen worden waren, Revanche zu nehmen. Nach dem üblichen Morgensfeuer wurde am frühen Nachmittag die französische Artillerietätigkeit schärfer und lebhafter, um sich allmählich zu großer Heftigkeit zu steigern. Auch die französische schwere Artillerie machte sich bemerkbar. Nach einem mehrstündigen Feuerkampf wurde gegen 7 Uhr abends in der Dämmerung des Winterabends beobachtet, daß die

französischen Gräben sich mit Sturmtruppen füllten. Das auf den französischen Gräben liegende deutsche Verhärtnungsfeuer wurde zum Vernichtungsfener gesteigert und der französische Angriff in wirksamen Feuerparaden erstickt. Die französischen Verluste in den angefüllten Gräben müssen bei dem genau liegenden deutschen Granatbatterien bedeutend gewesen sein. Ebenso wie die vier unter schweren französischen Verlusten zurückgewiesenen Gegenangriffe am 28. Januar erfolglos blieben, war dieser erneute Angriffsoversich ohne jedes Ergebnis. Während des Feuerkampfes brach eine deutsche Erkundungsabteilung aus den Gräben vor und drang in französische Posten auf.

In der Gegend von Sailly hatte sich nach Ritternachts das englische Feuer zu außerordentlicher Heftigkeit gesteigert. Die englischen Sturmtruppen, die ihren getriggen an dieser Stelle erzielten keinen Erfolg ausbauen wollten, wurden an allen Punkten abgewiesen. In Rußland und Rumänien Schnee und Kälte. In Mesopotamien wird seit einiger Zeit an verschiedenen Stellen der Front mehrfach stärkere Artillerietätigkeit gemeldet.

Die Rote Spaniens.

Berlin, 10. Februar. (B. Z. B.) In der Rote Spaniens erfahren wir aus informierten politischen Kreisen, daß ihre Veröffentlichung durch Habas ansehend auf eine Indiskretion zurückzuführen sein dürfte, da bisher ihr offizieller Text noch nicht in Madrid veröffentlicht worden ist. Der inzwischen hier auf offiziellem Wege fast verümmelt angekommenen Vortext deutet sich im wesentlichen mit der Habas-Übersetzung. Der Rote wird hier volle Aufmerksamkeit gewidmet. Es besteht dabei kein Zweifel, daß die spanische Regierung auch weiterhin ihre strikte Neutralität anstrebt erhalten wird.

Eine Protestnote Chiles.

Amsterdam, 10. Februar. Die „Times" meldet aus Santiago, daß die chilenische Regierung am 8. Februar dem deutschen Gesandten eine Protestnote gegen den verstärkten U.S.-Krieg überreicht habe. Chile behalte sich für den Fall, daß seine Rechte verletzt werden sollten, Freiheit des Handels vor. Die Antwort Chiles an die Vereinigten Staaten wird vermutlich ablehnend lauten.

Völlige Sperrung der Holländischen Schifffahrt für den transatlantischen Verkehr.

Haag, 10. Februar. (Lokalanzeiger.) Das holländische Korrespondenzbüro meldet: In der heute in Rotterdam abgehaltenen Versammlung holländischer Seeleute teilte der anwesende Minister mit, daß die Regierung keine Erlaubnis für die transatlantische Schifffahrt geben und die Ausfahrt aus den niederländischen Häfen verweigern werde, solange nicht festgestellt, daß die von England erlassene Besatzung aufgehoben ist, wonach jedes Schiff im transatlantischen Verkehr einen englischen Hafen anlaufen müsse. Sollte sich der Zustand noch verschlimmern, dann werde die Regierung neue Maßnahmen treffen.

Wie die City of Birmingham sank.

(Die englische Darstellung.)

London, 5. Februar. Die Admiralität gibt bekannt: Der englische Dampfer City of Birmingham wurde ohne Warnung am 27. November vorigen Jahres durch ein feindliches Unterseeboot torpediert, als er 136 Meilen von der nächsten Küste entfernt war. Der Dampfer hatte eine Besatzung von 145 Mann und 170 Passagieren an Bord, von denen 90 Frauen und Kinder waren. Um diese Zeit war schwerer Wellengang, aber innerhalb 10 Minuten nach der Explosion waren alle Boote mit allen Passagieren und der Mannschaft niedergelassen und frei vom Schiff. Im Einklang mit der englischen Seetradition ließ der Kapitän an Bord, bis das Schiff unter ihm sank. Er wurde eine halbe Stunde später aufgefischt. Das Verhalten der Mannschaft und Passagiere war durchweg bewundernswürdig. Nach dem Verzicht des Kapitäns nahmen die Frauen ihre Plätze in den Booten ruhig ein, als wenn sie zu ihren Kabinen gingen, und als sie in den Booten waren, begannen sie zu singen. Drei Stunden später wurden die Boote von einem Hospitaldampfer aufgenommen. Dort stellte sich bei der Nachzahlung der Passagiere und Mannschaften heraus, daß der Schiffsanst und drei Leute von der Mannschaft sich nicht unter den Überlebenden befanden und wahrscheinlich ertrunken sind.

Dazu bemerkt Wolffs Bureau: Am 27. November 1916 ist noch den eingegangenen Meldungen ein größerer Grabenmalter und mit einem Geschütz bewaffneter Regierungstransporter vermischt worden. Dieser bewaffnete Regierungstransporter war der englische Dampfer City of Birmingham. Wäre die City of Birmingham kein Regierungstransporter, sondern ein Passagierdampfer gewesen, wie die englische Admiralität aus leicht erkennbaren Gründen jetzt pläglich die Welt glauben machen will, so hätte die englische Admiralität nicht mehr als volle zwei Monate geschwiegen.

Wird die St. Louis bewaffnet fahren?

Haag, 10. Februar. United Press meldet aus New York, daß der amerikanische Dampfer St. Louis bewaffnet werden wird. Man erwarte, daß er demnächst nach England abfahren wird. Er wird nicht so mit Farben bemalt werden, wie Deutschland es vorgeschrieben hat. Die amerikanischen Blätter schreiben, daß das Nichtausfahren bedeuten würde, daß Amerika die Blockade seiner eigenen Häfen anerkenne.

Die Westerdijf.

Rotterdam, 10. Februar. Der Dampfer Westerdijf, der aus New York in Rotterdam angekommen ist, hat seine Post in Falmouth zurücklassen müssen.

Die amerikanischen Häfen und die Seesperre.

London, 10. Februar. Aus New York wird gemeldet: Die Verhältnisse in den Häfen der Vereinigten Staaten und des amerikanischen Kontinentes überhaupt verschlechtern sich von Tag zu Tag. Seit geraumer Zeit ist keine Postsendung mehr von Amerika fortgekommen. Die Häfen liegen voll amerikanischer und neutraler Schiffe, die unter den obwaltenden Umständen nicht wagen, die Ausreise anzutreten.

Bern, 10. Februar. „Main" meldet aus New York: Amerika wird wahrscheinlich im Falle der California nichts unternehmen, da keine Amerikaner dabei zum Opfer gefallen sind. Die Reder weigern sich, ihre Schiffe abfahren zu lassen, weil die Regierung keine Bürgschaft übernimmt. Die American-Linie machte alle Fahrpläne ungültig.

Waffeneinforderung und Umdarmilderung.

London, 10. Februar. Meldung des „Central News". Aus Athen wird berichtet, der Kriegminister hat angeordnet, daß alle Personen, die im Besitze von Waffen sind, die dem Staat gehören, diese vor dem 17. Februar abliefern müssen. Die Blockade ist bereits gemildert worden. Die Postsendungen von zwei Monaten wurden ausgesetzt, und es wurde die Lösung einer Ladung Reis in Piräus gestattet.

Gewerkschaftliches.

Die Vorstände der Gewerkschaften

und Unterkommissionen der Gewerkschaftskommission Berlin und Umgegend werden darauf aufmerksam gemacht, daß am Montag, den 12. Februar, abends 8 Uhr,

eine Sitzung stattfindet, in der der Bericht der Vertreter der Gewerkschaftskommission über die Verhandlungen beim Reichsfanzler und Oberbürgermeister von Berlin betr. Lebensmittelversorgung gegeben wird.

Berlin und Umgegend.

Zum Ladeverkehr im Freizeigewerbe. Da irgendeine behördliche Regelung der Ladeverkehrszeit an Wochentagen in absehbarer Zeit nicht zu erwarten ist, beschloß die Generalversammlung des Zweigvereins Berlin des Verbandes der Freizeigewerbeten, die Mitglieder zu verpflichten, sofort nicht länger als bis 8 Uhr abends, Sonnabends bis 9 Uhr zu arbeiten. Den unorganisierten Gewerbeten wurde empfohlen, diesen Beschlüsse ebenfalls zu folgen, und von den Geschäftsinhabern wird erwartet, daß sie um 8 Uhr abends bezw. 9 Uhr ihre Geschäfte schließen.

Die Feuerungsanlagen in den Brauereien.

Die im Transportarbeiter-Verband, im Verband der Maschinen- und Heizer und im Bäckerverband organisierten Mitglieder, die in den Brauereien Groß-Berlins beschäftigt sind, hielten am 7. d. M. eine gemeinsame Versammlung ab.

Der Verein der Brauereien hat die Organisationen benachrichtigt, daß die Feuerungszulage um 250 M. wöchentlich erhöht sei. Bezahlt wird im ganzen jetzt 10 M. wöchentlich, ein Teil der Brauereien zahlt jedoch schon mehr. Hierzu nahm die kombinierte Versammlung Stellung. Es wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Feuerungszulage bei den sonst schon gewöhnlich hohen Löhnen im Brauergewerbe eine durchaus unbefriedigende sei. Ebenfalls wurde stark kritisiert, daß der Verein der Brauereien in seinem Schreiben sagt, daß bei der gewählten Feuerungsanlage etwaige höhere Zulagen in Kostfall kommen resp. in Anrechnung gebracht werden. Die Brauereien setzen sehr wohl in der Lage, entsprechend den heutigen Lebensmittelpreisen und vor allem entsprechend ihres günstigen Geschäftslages nach, eine bessere Feuerungszulage geben zu können. Wenn behauptet werde, daß die Organisationen auf Grund des bestehenden Tarifvertrages keine Zulage zu verlangen haben, so sei dies hinfällig. Nach wie vor stehen die Organisationen auf dem Boden des Tarifes. Der Tarif sei vor Ausbruch des Krieges geschlossen, also unter ganz anderen wirtschaftlichen Verhältnissen wie sie heute sind. Der Krieg habe jetzt die ganzen wirtschaftlichen Verhältnisse geradezu auf den Kopf gestellt. Zu den Löhnen des in Friedenszeiten abgeschlossenen Tarifes könne jetzt niemand arbeiten. Die Versammlung ist der Meinung, daß auf keinen Fall die Sache so weiter gehen kann. In einer angenommenen Resolution spricht die Versammlung ihr Mißfallen über die zu geringe Feuerungszulage aus. Sie erwartet, daß der Verein der Brauereien mehr Verständnis für die jetzige Lage der Arbeiter hat. Die Versammlung beauftragt die beteiligten Organisationsleitungen, bei den Unternehmern vorstellig zu werden, daß eine Feuerungszulage in Höhe von 20 M. wöchentlich gezahlt wird.

Schneider und Schneiderinnen, besorgt Euch Arbeitsbücher!

Wie mir bereits berichtet, tritt am 1. März eine Verordnung des Oberkommandos in Kraft, wonach alle Personen, die mit

Heeresnäherarbeiten beschäftigt werden wollen, im Besitz eines Ausweisbuches sein müssen. Ein solches Ausweisbuch müssen sowohl Unternehmer, die selbst mitarbeiten, wie auch Arbeiter und Arbeiterinnen haben, und zwar auch dann, wenn die Arbeitnehmer in Militärverhältnissen beschäftigt werden. Diese Ausweisbücher werden zu dem Zweck eingeführt, um eine Kontrolle über die mit Heeresnäherarbeiten beschäftigten Personen zu haben.

Die vorhandene Heeresnäherarbeit soll so verteilt werden, daß in erster Linie die gelerntten Berufsangehörigen des Schneidergewerbes beschäftigt werden. Neben diesen können auch Frauen und Mädchen beschäftigt werden, die nur mit Hilfe der Heeresnäherarbeiten einen den Zeilumständen entsprechenden bescheidenen Lebensunterhalt erzielen können. Damit soll erreicht werden, daß solche Personen, die entweder die Beschäftigung in der Heeresnäherarbeit nicht nötig haben oder sich einem anderen Gewerbe zuwenden können, Heeresnäherarbeiten nicht erhalten.

Solche Arbeiter und Arbeiterinnen, die nur teilweise mit Heeresnäherarbeiten beschäftigt werden, müssen sich ebenfalls ein Ausweisbuch besorgen. Der Besitz des Ausweisbuches gewährt keinen Anspruch auf Beschäftigung mit Heeresnäherarbeiten, jedoch darf niemand solche Arbeit erhalten, wenn er nicht im Besitz eines Ausweisbuches ist. Die Ausweisbücher werden von den Polizeibehörden, das sind in Berlin die Polizeidivisionen, in denen der betreffende Arbeiter oder die Arbeiterin wohnt, ausgestellt. Die Ausweisbücher haben jedoch nur Gültigkeit für den Körperbereich, in dem sie ausgestellt werden. So kann beispielsweise ein Arbeiter auf Grund eines Ausweisbuches, das ihm von einer Berliner Polizeibehörde ausgestellt wurde, nicht in Spandau oder einem anderen Orte der Provinz Brandenburg beschäftigt werden. Wechselt der Inhaber seinen Wohnsitz, so muß er das Ausweisbuch abliefern und sich an dem anderen Orte ein anderes Ausweisbuch ausstellen lassen.

Bei der großen Zahl von Personen, die in Berlin für die Ausstellung von Ausweisbüchern in Frage kommen, empfiehlt es sich, schon jetzt die Ausstellung eines solchen von dem zuständigen Polizeidivision zu verlangen. Nach dem 1. März dürfen mit Heeresnäherarbeiten nur noch solche Personen beschäftigt werden, die entweder im Besitz eines Ausweisbuches sind oder glaubhaft nachweisen können, daß sie bereits vor dem 18. Februar die Ausstellung eines Ausweisbuches beantragt haben. Es ist daher dringend zu empfehlen, daß alle in Frage kommenden Personen sich rechtzeitig um ein Ausweisbuch bemühen, da sie sonst Schadez erleiden können.

Gelernten Berufsangehörigen steht ohne weiteres ein Ausweisbuch zu. Hierunter werden verstanden: Berufsarbeiter und Arbeiterinnen, die als Schneider oder Maschinenmacher eine Gesellenprüfung bestanden haben oder sich noch im Lehrlingsverhältnis befinden, sowie Frauen und Mädchen, deren Hauptberufszweig die Beschäftigung mit Schneider-, Näh- oder ähnlichen Arbeiten bereits vor dem 1. August 1914 gewesen ist. Lehrlere sind auch dann als gelernte Berufsarbeiterinnen anzusehen, wenn sie zwar nach dem 1. August 1914 diese Beschäftigung erst aufgenommen, sich aber durch längere Beschäftigung die Fertigkeiten einer Berufsarbeiterin erworben haben und diese Beschäftigung ihr Hauptberufszweig ist.

Nach dieser Verordnung wird, wenn die Polizeidivisionen bei männlichen Arbeitskräften die Ausstellung des Ausweisbuches davon abhängig machen, daß ein Gesellenbrief vorgelegt wird, mir ziemlichen Schwierigkeiten zu rechnen sein. Es darf daher wohl erwartet werden, daß eine Legitimation, etwa eine Bescheinigung des Unternehmers, die Invalidentenliste oder auch die Anmeldung beim Polizeidivision, wo der Betreffende als Schneider gemeldet ist, als hinreichend angesehen wird. Im Falle der Verweigerung des Ausweisbuches steht dem davon Betroffenen die Beschwerde im Aufsichtswege zu, das ist in Berlin das Polizeipräsidium.

Im Falle gelerntten Arbeitskräften das Ausweisbuch beantragt werden sollte, empfiehlt es sich, hierzu im Bureau des Schneiderverbandes, Besonnenstr. 37/38, Hof links III Treppen, Mitteilung zu machen, damit geeignete Schritte unternommen werden können.

Im Falle des Arbeitswechsels haben die Inhaber der roten Ausweisbücher, die für gelerntte Berufsangehörige in Frage kommen, den Vorzug und allen Inhaberinnen mit blauen Ausweisbüchern nur dann beschäftigt werden, wenn sich geeignete Kräfte mit roten Ausweisbüchern nicht melden.

Gelernte Berufsarbeiter im Schneidergewerbe.

Das Oberkommando in den Marken macht bekannt: § 3 Absatz 1 der Bekanntmachung vom 2. 2. 1917 erhält folgende Fassung:

Als gelerntte Berufsarbeiter und -arbeiterinnen (§ 2 Ziffer 1) gelten diejenigen Personen, die als Schneider oder Maschinenmacher eine Gesellenprüfung bestanden haben oder sich noch im Lehrlingsverhältnis befinden, oder deren Hauptberufszweig die Beschäftigung mit Schneider-, Näh- oder ähnlichen Arbeiten bereits vor dem 1. August 1914 gewesen ist."

Berichtszeitung.

Der Bankdieb Fritz Stephan, der seinerzeit der Diskontogesellschaft eine Riesensumme in Wertpapieren gestohlen und dann die Flucht ergriffen hatte, stand gestern vor der 4. Strafkammer des Landgerichts I. Der 34jährige Angeklagte, der die 10. Realschule bis zur Sekunda durchgemacht hat und dann in mehreren Bankgeschäften tätig gewesen ist, kam zur Diskontogesellschaft und fand jählich Verwendung im Tresor B. der Stadizentrale. In dieser Tätigkeit hatte er die Aufgabe, die dort lagernden Effekten von Privatpersonen, die offene Depots hatten, in bezug auf die Rindischeine, Dividenden usw. zu kontrollieren. Als der Tresorverwalter auf Urlaub ging, hatte St. leichten Zutritt zu dem Tresor und er benutzte die Gelegenheit, um kolossale Diebstahle zu begehen. Schließlich ist er mit seiner Geliebten, einer Plätterin in einer Wäschanstalt, flüchtig geworden. Am 1. Juli kam er nicht in den Dienst, statt seiner traf ein Schreiben ein, das angeblich vom Vater ausging, tatsächlich aber von dem Angeklagten gefälscht war und mitteilte, daß letzterer einer Blinddarmerkrankung sich unterziehen müsse und deshalb dem Geschäft fernbleiben müsse. Dadurch gewann der Angeklagte einen Vorsprung, denn seine Verurteilungen wurden erst nach einigen Tagen entbunden. Der Flüchtigling hatte mit seiner Geliebten zuerst in dem bayerischen Bade Tölz Aufenthalt genommen. Ihr Schicksal erhellte sie am 14. Juli in München, wo sie sich in einem Hotel als „Intendantensekretär Röber und Frau aus Berlin“ einquartiert hatten. Dem Pförtner des Hotels kamen die beiden verdächtig vor und die von ihm benachrichtigte Polizei beobachtete das Pärchen, das sich im Speisezimmer an einer Flasche Sekt labte. Stephan konnte bei seiner Verhaftung noch 106 181 M. abgenommen werden. In Tölz wurden dann noch für 174 000 M. ungarische Wertpapiere mit Beschlag belegt. Der Angeklagte war voll geständig. Der Staatsanwalt beantragte 1 Jahr 4 Monate Gefängnis. Der Gerichtshof erwaog mildernd das Gehändnis und die bisherige Unbescholtenheit, strafschärfend dagegen die Planmäßigkeit in dem Vorgehen des Angeklagten. Er wurde zu 8 Jahren 1 Monat Gefängnis verurteilt und ihm 6 Monate der erlittenen Untersuchungshaft angerechnet.

Verantwortlich für Politik: Hermann Müller, Temmelhof; für den übrigen Teil d. Blattes: Alfred Scholz, Reutbahn; für Inserate: Th. Glöde, Berlin Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co Berlin SW.

Blatt 2 Beilagen und Unterhaltungsblatt.

A. WERTHEIM

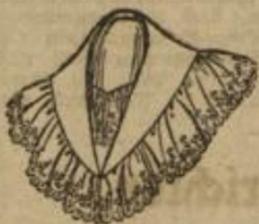
Neue Eingänge Kleider- und Seidenstoffe



Frühjahrs-Kostüm
a grau-meliert. Stoff, Jacke
u. Samtkrag. u. Seidenfutter

- Schotten etwa 90 cm breit, für Kinderkleider
- Schotten etwa 110 cm breit, reine Wolle für Röcke und Kleider, in modernen Farbenstellungen
- Schotten etwa 110 cm breit, wollähnliches Seiden-Gewebe für Kleider, in großer Auswahl
- Kostüm-Stoffe 130-140 cm breit, Reinwoll, mittelgraue u. dunkelbraune Kammgarn in modern. Frühjahrs-Farben
- Blusenstoffe hell gestreift, weiches Flanell-Gewebe, in schönen Farben
- Blusenstoffe hell-schwarz-weiße Bandstreifen, in guter Qualität
- Blusenstoffe dunkelgründig, mit schönen kunstbeidene Streifen
- Blusenstoffe dunkel u. hellgründig, aus stumpfer Seide, in großer Muster-Auswahl, solides Gewebe

- Granitseite bedruckt für Blusen, in vielen Preislagen
- Wachseide gestreift und punktiert, dunkel- und hellgründig, 90 cm breit, für Blusen und Kleider
- Foulard 100 cm breit, mit kleinen Fantasiemustern für Kleiderblusen
- Schleierstoff bedruckt, in großer Auswahl, etwa 100 cm breit, für Blusen
- Bastseide für Blusen, Kleider und Kostüme
- Taftseide etwa 100 cm breit, für Blusen und Kleider, in großer Farben-Auswahl
- Seidenkaschmir etwa 100 cm breit, für Blusen und Kleider
- Chinakrepp etwa 100 cm breit, für Blusen und Kleider



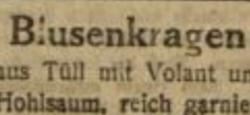
Blusenkragen
aus Mull mit Tüll-Motiven
und breiter Spitze garniert



Elegant. Fichu
aus Tüll mit Spitze



Blusenkragen
aus Mull mit Hohlsaum
und breiter Spitze



Blusenkragen
aus Tüll mit Volant
und Hohlsaum, reich garniert



Elegant Abendkleid
aus Seiden-Voile mit Taffel-
garnierung und Tüll-Einsatz

